Einzelnummer 80 Pfg.

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. – Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 1,50 Mk., von auswärts 2,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 6.— Mk., von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. – Postscheckkonto Danzig 2045. Expedition: Am Spendhaus 6. – Telephon 2390.

Nr. 23 | Freitag, den 28. Januar 1921 | 12. Jahrgang

# Französisch-englische Spannung in Paris.

## Die Wiedergutmachungsjongleure am Ende ihrer Kunst.

In der Mittwochsitzung der Pariser Konferenz erklärte der neue französische Finanzminister Doumer, daß die Gesamtentschädigungssumme, die Deutschland zu zahlen haben werde, auf 200 Milliarden festgesetzt würde, von denen 112 Milliarden auf Frankreich entfallen würden. Zur Bezahlung dieser Summe würden Deutschland 30 Jahre Zeit gelassen werden. Wenn es aber nachweisen sollte, daß diese Frist zu kurz bemessen sei, so würde man den Zeitraum verlängern. In Boulogne für mer sprach man im vorigen Sommer von 42 Jahren. Deutschland hätte wie einfacher Bürger, dessen Schuld größer als seine Einnahme wäre, einen Teil seiner Besitzungen, wie z. B. Bergwerke, Eisenbahnen usw. zu verpfänden. Frankreich brauche 54 Milliarden für Pensionen und 48 Milliarden für den Wiederaufbau. Wenn entweder Frankreich oder Deutschland der Bankerott drohe, so sei es moralischer, wenn das Land bankerott werde, das den Krieg begonnen hat.

**Paris**, 27. Jan. Ueber den Verlauf der heutigen Konferenz teilt der diplomatische Mitarbeiter der „Agence Havas“ u. a. mit: Zunächst kritisierte Lloyd George die gestern von Doumer vorgebrachten Thesen. Er erinnerte daran, daß die alliierten Regierungen sich im Prinzip auf der Boulogner Konferenz im vorigen Juni über das System der deutschen Zahlungen geeinigt hätten und daß dieses System noch bei den Brüsseler Verhandlungen zum Ausgangspunkt gedient habe. Heute stelle Frankreich diese Grundlage des Einvernehmens in Frage. Ein solches Vorgehen sei unzulässig. Die Regierungen müßten sich durch die Beschlüsse ihrer Vorgängerinnen gebunden erachten. Der französische Finanzminister hielt seinen in der gestrigen Sitzung dargelegten Standpunkt aufrecht. Briand sprach sich für die Festsetzung von ein bis drei Annuitäten aus, die sofort erlangbar seien. Das gesamte Guthaben der Alliierten könne von der Wiedergutmachungskommission festgesetzt werden, die dann, wenn sich erweise, daß Deutschland die gesamte Schuld nicht bezahlen könne, dieses herabsetzen werde. Er glaube nicht, daß das Abkommen von Boulogne einen endgültigen Charakter besitze. Die französische öffentliche Meinung könne sich nicht damit zufrieden geben. Schließlich schlug Briand vor, das Abkommen vom 11. November zu befolgen, welches vier Punkte vorsehe: 1. die Sachverständigenkonferenz in Brüssel, 2. eine Konferenz der alliierten und deutschen Minister, die aber nicht wie ursprünglich vorgesehen in Genf, sondern mit der Konferenz für das Orient-Problem in London stattfinden soll, 3. Festsetzung der gesamten Verpflichtungen Deutschlands durch die Wiedergutmachungskommission, 4. Festsetzung der Strafbestimmungen durch die alliierten Premierminister.

**Paris**, 27. Jan. Wie der diplomatische Mitarbeiter der „Agence Havas“ zu der heutigen Sitzung der Konferenz meldet, sind die von Lloyd George und Briand vorgetragenen Auffassungen einander ziemlich entgegengesetzt, da die Engländer die sofortige Festsetzung der gesamten Schuld Deutschlands verlangen, während Frankreich wünscht, daß erst die Schätzung der Reparationskommission abgewartet werden soll. Auf Kompromißantrag Jaspar wurde die Frage schließlich einem Ausschuß überwiesen, der morgen vormittag einen Ausgleichsentwurf vorbereiten wird.

**London**, 27. Jan. In der Reparationsfrage fuße man einer Reutermeldung zufolge auf den auf der Boulogner Konferenz niedergelegten Ziffern. Der britische Standpunkt werde vollkommen von der belgischen Delegation unterstützt, die die sofortige Festsetzung der deutschen Gesamtentschädigungssumme wünsche. Die französische Delegation scheine bereit zu sein, diese Zahlen anzunehmen, jedoch unter der Bedingung, daß Frankreich nachträglich gewisse Zugeständnisse erhalte, daß ihm bestimmte Vorzugsrechte gewährt werden, und daß die interalliierten Schulden gestrichen werden. Das ist Reuter zufolge die Lage. Es bestehe noch Grund zu der Hoffnung, daß im Verlaufe der nächsten Tage ein gemeinsamer Boden gefunden werde, auf dem sich die Alliierten in dieser wichtigen Frage einigen könnten.

**Paris**, 27. Jan. Nach dem offiziellen Kommuniqué über die heutige Nachmittagssitzung der Konferenz hat die Konferenz einem kleinen Ausschuß den Auftrag erteilt, die im Verlaufe der Sitzung vertretenen Meinungen über die Reparationsfrage zusammenzufassen und der Konferenz vorzulegen.

Allem Anscheine nach wird also die Pariser Konferenz verlaufen wie das Hornberger Schießen. Das bisherige Verhandlungsergebnis, soweit man überhaupt von einem Ergebnis sprechen kann, erregt denn auch das lebhafteste Mißfallen der Ententepresse, bei dem sogar das deutschfeindliche Northcliffeblatt „Daily Mail“ nicht fehlt.

**London**, 27. Jan. „Daily Mail“ weist in einem Leitartikel darauf hin, daß ein Mißerfolg der Pariser Konferenz ein Ereignis ernstester Bedeutung sein würde. Man redet bereits von einem baldigen Ende der Konferenz, bevor auch nur eine der vitalsten Fragen, zu deren Erledigung die Konferenz zusammenkam, behandelt worden sei. Wenn diese Gerüchte sich bestätigen, so spielen die führenden Männer auf der Konferenz ein sehr gefährliches Spiel. Die Konferenz habe Schwäche und eine Abneigung bewiesen, den Tatsachen ins Auge zu sehen. Statt Zuversicht habe sie nur Zweifel gefördert. Einigkeit habe bisher nur bei der Vertagung aller wichtigen Entscheidungen geherrscht. Ein positives Ergebnis von Bedeutung habe die Konferenz bisher nicht gezeigt.

**London**, 27. Jan. Bei den meisten Blättern macht sich eine gewisse Ungeduld in bezug auf die Ergebnisse der Pariser Konferenz bemerkbar. „Pall Mall Gazette“ schreibt: Die diplomatischen Kreise in London sehen die augenblickliche Lage auf der Pariser Konferenz als nicht sehr günstig an. Von maßgebender Seite wurde versichert, daß die britische Delegation nicht die Absicht habe, länger als bis Sonnabend in Paris zu bleiben. „Evening Standard“ schreibt in einem Leitartikel: Diejenigen, die bei den Pariser Verhandlungen mehr Entschlossenheit erwartet hätten, erlebten eine Enttäuschung. Die neue Konferenz scheine den Weg der vorangegangenen zu gehen. Frankreich wolle, daß Deutschland, welches jetzt darnieder liege, niedergehalten werde, nicht nur in militärischen, sondern in jedem Sinne. Die englischen Staatsmänner seien hingegen der Ansicht, daß der Frieden am besten dadurch gesichert werde, daß er erträglich gemacht werde.

**Paris**, 27. Jan. Bainville sagte heute in der „Liberté“ in einer Besprechung über die Reparationsfrage: Jede Methode sei gut, die die französische Kasse nicht leer lasse. Aber eine Methode müsse gewählt und kontinuierlich angewandt werden. Wenn alle drei Monate die Idee gewechselt würde, gelte Frankreich für einen Mann, der nicht wüßte, was er wolle. Die Alliierten Frankreichs würden dann den Worten des Monats Januar die Worte vom Juni oder Oktober gegenüberstellen. Deutschland werde aus den französischen Widersprüchen Nutzen ziehen, indem es sich bereit erklärt, gerade die Kombination anzunehmen, die Frankreich soeben preisgegeben habe. Das sei der klare Sinn der neuen Note, die die Regierung von Berlin gestern veröffentlicht habe.

---

## Eine bemerkenswerte kommunistische Stimme zur Abstimmung in Oberschlesien.

**Berlin**, 27. Jan. Der Redakteur der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ in Kattowitz, Stadtrat und Stadtverordneter Speil, gelangt in einer von ihm herausgegebenen Aufklärungsschrift, die er unter seine Parteigenossen verteilt, in der Frage „Wem soll Oberschlesien gehören?“ zu einer Entscheidung in deutschem Sinne. Er hat etwa 60 000 kommunistische Stimmen in Oberschlesien hinter sich. Dem Verleger der Aufklärungsschrift wurde von zweifellos polnischer Seite ein Abstandsgeld von 50 000 Mark angeboten, wenn er die Schrift nicht erscheinen läßt. (Diese von Einsicht in reale Notwendigkeiten diktierte Stimme sticht wohltuend von dem seichten Gefasel im gestrigen Leitartikel des „Freien Volks“ ab. D. Red.)

Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ hat die interalliierte Kommission in Oberschlesien eine Verordnung über den Besitz von Schußwaffen und Munition erlassen. Danach dürfen außer Förstern und bestimmten Beamten der öffentlichen Behörden nur die Auszahler und Sekretäre der Finanz- und Handelsinstitute sowie der Industrieunternehmungen und die Aerzte, Tierärzte und Hebammen Waffen tragen.

**Berlin**, 28. Jan. Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanzeigers“ erfährt die „Schlesische Zeitung“ von besonderer Seite, daß General Lerond an die nichtfranzösischen Mitglieder der interalliierten Kommission einen Runderlaß gerichtet hat, in dem er sich gegen die Indiskretion verschiedener englischer Offiziere wendet. Er droht jedem englischen Offizier, der es noch einmal wagen würde, schriftlich oder persönlich mit irgend jemand aus der Bevölkerung außerdienstlich in Berührung zu treten, mit sofortiger Ablösung von seinem Posten.

## Polen und Rußland.

Von Michael Smilg-Benario.

Die nachfolgenden Ausführungen unseres zu. Genossen verdienen in diesen Tagen, die von Gerüchten über neue polnisch-russische Kriegsgefahren widerhallen, besondere Beachtung. D. Red.

Der Vertreter der russischen Sowjetregierung in Berlin, Herr Viktor Kopp, hat vor einigen Wochen einen offiziellen Protest eingereicht gegen die Behauptung der deutschen Regierung, die letztere in der Note an die Botschafterkonferenz über die Gefahr einer Russeninvasion aufgestellt hat. Der Protest Kopps hat von neuem die Frage über die Möglichkeit eines russisch-polnischen Zusammenstoßes zur Erörterung gebracht. Ein Krieg zwischen Rußland und Polen würde von neuem all die schwierigen und komplizierten Probleme des Ostens in den Vordergrund rücken und Erschütterungen von internationaler Bedeutung hervorrufen. Deshalb ist es auch begreiflich, daß die hie und da auftauchenden Gerüchte über einen baldigen Zusammenstoß zwischen Polen und Rußland mit einer gewissen Nervosität in den politischen Kreisen Westeuropas empfangen werden.

Doch uns scheinen — einstweilen wenigstens — alle diese Befürchtungen unbegründet zu sein. Und zwar aus folgendem Grunde: beide Staaten bedürfen des Friedens ebenso, wie ein Kranker, der Ruhe bedarf. Denn beide Staaten sind eben krank. In Rußland hat der dreijährige furchtbare Bürgerkrieg und der Krieg mit Polen das Land zur vollständigen Erschöpfung gebracht. Rußland muß vor allem die Wunden heilen, die ihm das dreijährige Chaos zugefügt hat. Das begreift auch die Sowjetregierung, und sie versucht mit allen Mitteln — ja sogar durch Preisgabe der Grundsätze der kommunistischen Partei, wie z. B. die Abgabe von Konzessionen bezeugt —, Rußland wiederaufzubauen. Auf dem 8. Allrussischen Sowjetkongreß wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt, die den wirtschaftlichen Aufbau betreffen. Gleichzeitig wurde dort beschlossen, eine teilweise Demobilmachung der Roten Armee sofort vorzunehmen, und gleichzeitig wurde die Sowjetregierung beauftragt, ganz zu demobilisieren, sobald es die internationalen Verhältnisse erlauben. Die Beschlüsse und die Arbeiten des Kongresses zeigen mit aller Deutlichkeit, daß Rußland seine ganze Aufmerksamkeit zur Zeit auf den wirtschaftlichen Aufbau richtet. Auch Polen hat heute nach den schlimmen Erfahrungen des Sommers 1919 keine Lust mehr, seinen imperialistischen Gelüsten nachzulaufen. Durch das Vorfriedensabkommen von Riga hat Polen die denkbar günstigsten Bedingungen für sich erzwungen. Polen behält einen Teil Weißrußlands, der Ukraine und ganz Ostgalizien. Besonders günstig ist für Polen der Umstand, daß es in der Gegend von Dünaburg sich wie ein Keil zwischen Litauen und Rußland hineinschneidet. Dieser neue polnische Korridor wurde von Polen wahrscheinlich unter dem Druck der Entente gefordert, deren Ziel es ist, Deutschland und Rußland möglichst weit von einander zu trennen. Durch den Frieden von Versailles wird Ostpreußen durch Polen vom Deutschen Reiche getrennt, durch den Frieden von Riga wird nun Litauen und somit auch wiederum Ostpreußen durch den polnischen Korridor bei Dünaburg von Rußland getrennt. Das Vorfriedensabkommen ist auch, was seine wirtschaftlichen Bedingungen anbetrifft, für Polen so günstig, daß es kaum denkbar wäre, daß Polen sich freiwillig in ein neues Abenteuer mit dem jetzt nach der Vernichtung Wrangels militärisch erstarkten Rußland einlassen würde. Es ist aber auch kaum denkbar, daß, sagen wir Frankreich, einen entsprechenden Druck auf Polen ausüben könnte, um Polen in einen neuen Krieg mit Sowjetrußland hineinzuhetzen. Aus diesen allgemeinen Erwägungen heraus müssen wir zum Schluß kommen, daß einstweilen mit neuen Komplikationen zwischen Polen und Rußland nicht zu rechnen ist.

Eine andere Frage ist es, wie sich weiter die Dinge im Osten entwickeln werden. Und da muß für die Zukunft mit der Tatsache des für Rußland durchaus ungünstigen und wirtschaftlich unmöglichen Vorfriedensabkommen von Riga gerechnet werden. Diesen Frieden hat Sowjetrußland nur deswegen abgeschlossen, weil es dazu durch die militärischen Niederlagen und die katastrophale wirtschaftliche Lage gezwungen wurde. Von Dauer kann er nicht sein. Denn keine russische Regierung, unabhängig von ihrer Parteirichtung, kann sich damit einverstanden erklären, daß Rußland sowohl vom Ausgang zum Meere, wie auch von dem wirtschaftlich höher entwickelten Deutschland nach Osten zurückgeworfen ist. Darum muß man gleichzeitig mit der ökonomischen Erstarkung Rußlands in Zukunft auch mit neuen Konflikten im Osten rechnen. Ob der bevorstehende Friede von Riga einst auf dem Wege der Verhandlungen oder auf dem Wege der Gewalt verändert wird, ist zurzeit nicht zu übersehen. Jedenfalls werden für Polen im Zusammenhang mit dem recht zweifelhaften „Sieg“ über Rußland neue innere Kom-

pikationen entstehen, die das so wie so schon verarmte Land wirtschaftlich ruinieren werden. Vor allem wird Polen genötigt sein, zur Erhaltung seiner Grenzen ein großes Heer zu halten. Die Militarisierung Polens, die eine notwendige Folge des „Sieges" ist, wird die ohnehin schon schlechte finanzielle Lage Polens noch mehr verschlechtern. Diese für den neuen „Großstaat", der ebenso wie einst Oesterreich ein Flickstaat ist, und deshalb innerlich krank ist, nicht allzu rosigen Zukunftsaussichten lassen keinen Zweifel darüber, daß er bei einem möglichen zukünftigen Zusammenstoß mit einem erstarkten Rußland ebenso schnell zusammenbrechen wird, wie er entstanden ist.

Wir Sozialisten waren immer Gegner der Politik, die das zaristische Rußland und das monarchistische Deutschland den Polen gegenüber geführt hat. Und wir sind auch heute für ein selbständiges, unabhängiges Polen. Aber ein Großpolen, das nur dazu ausgedacht worden ist, um den polnischen Gutsbesitzern die Möglichkeit zu geben, die Millionen von Ukrainer-, Weißrussen, Deutschen, Litauern und Juden zu unterdrücken, müssen wir Sozialisten als einen imperialistischen Staat entschieden bekämpfen.

## Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten.

Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus? Unter diesem Titel hat sich der bekannte bürgerliche Nationalökonom Werner Sombart mit den wirtschaftlichen und politischen Gründen auseinandergesetzt, welche der Entwicklung einer sozialistischen Arbeiterbewegung in Amerika hindernd im Wege standen. Hier haben wir nicht den Raum, diese Argumente wiederzugeben. Seitdem existiert ja doch eine sozialistische Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, von welcher wir vorerst nur ein flüchtiges Bild geben möchten. Auch dies ist keine leichte Sache; die Bewegung ist aus vielen historischen und wirtschaftlichen Gründen sehr verwickelt. Die Programme der einzelnen Parteien sind nicht scharf genug herausgearbeitet. Gewerkschaftsbewegung und Parteibewegung sind vielfach nicht voneinander getrennt. Unsere Angaben haben in erster Reihe auf der Tagespresse der verschiedenen amerikanischen Arbeiter-Parteien.

Der Amerikanische Arbeiterbund (American Federation of Labour) ist immer noch die wichtigste Arbeiterorganisation, umfassend die Arbeiter in den Vereinigten Staaten und Kanada. Seine Mitgliederzahl übersteigt 3 Millionen. Es ist ein reiner Gewerkschaftsverband (Trade Union), in welchem die Arbeiter, nach ihrem Berufe gegliedert, organisiert sind. Der Bund umfaßte im Jahre 1917 111 Fachverbände mit 26 701 lokalen Organisationen. Sein Präsident ist der bekannte Samuel Gompers, der gelegentlich des Friedensschlusses in Versailles eine große Rolle spielte. Der Bund vertritt die gemäßigten Forderungen der Gewerkschaftspolitik; sein Betätigungsfeld ist der Kampf für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten. Daß der 8-Stundentag den Völkern durch den Völkerbund anempfohlen wurde, ist in erster Reihe dieser Organisation zu verdanken. Anderseits ist er eine konservative Körperschaft; er hat anfänglich den in Amsterdam sitzenden internationalen Gewerkschaftsbund verlassen, weil seine Politik für ihn zu radikal ist. In der Politik ist dieser große Verband durchweg opportunistisch, was in den hier nicht weiter zu erörternden amerikanischen Verhältnissen seine Ursache hat. Gelegentlich der vor einigen Monaten stattgehabten Präsidentenwahlen hatte die „American Federation of Labour" ihre Mitglieder aufgefordert, für die demokratische Partei zu stimmen. Die Mitgliederzahl der Union ist zwar immer noch sehr groß, doch alle Anzeichen sprechen dafür, daß ihre Macht im Sinken ist. Die bekannte amerikanische Zeitschrift „The Nation, Neuyork" vergleicht den alten Gompers mit König Lear, — ein König ohne Land.

Nächst diesem großen Gewerkschaftsverband betätigt sich die Sozialistische Partei. Ihr Führer, Eugen Debs, sitzt wegen seiner kriegsfeindlichen Haltung im Gefängnis. Der bekannte sozialistische Schriftsteller Hillquit gehört auch dieser Partei an. Die sozialistische Partei nimmt an den politischen Kämpfen der Vereinigten Staaten teil. Gelegentlich der letzten Präsidentenwahl hat ihr Kandidat, Eugen Debs, mehr als neunhunderttausend Stimmen erhalten. Dies bedeutet einen Zuwachs von dreihunderttausend Stimmen im Vergleich zur Wahl im Jahre 1916, der jedoch nicht hoch angerechnet werden kann, in Hinsicht auf die wachsende Bevölkerung und auf das Frauenstimmrecht, welches diesmal zum ersten Male ausgeübt wurde. Wie aus der Tagespresse bekannt ist, sind die sozialistischen Abgeordneten unter den niedrigsten Vorwänden vom Kongreß ausgeschlossen worden. Die Sozialistische Partei kann im allgemeinen als eine gemäßigte Partei bezeichnet werden.

Eine wichtige Arbeiterpartei ist im Jahre 1905 in Chicago gegründet worden, die I. W. W., International Workers of the World (Internationale Arbeiter der Welt). Diese Organisation hat den früher sozialistischen Gewerbe- und Arbeitsverband (Socialist Trade and Labour alliance) in sich aufgenommen. Der neuen Partei schlossen sich die linksstehenden Elemente der sozialistischen Partei an und von den Gewerkschaften vorwiegend gewisse Metallarbeiter- und Bergarbeiterverbände. Sie war als Protest gegen die konservative Politik der A. F. of L. entstanden. Sie ist gegen jede politische Aktion. Es werden ihr anarchistische und syndikalistische Tendenzen zur Last gelegt, und tatsächlich befolgte sie vielfach eine dementsprechende Politik; sie war in ihrer öffentlichen Wirksamkeit gehindert und konnte sich nur im geheimen betätigen. Ihre Führer und Anhänger gehören zu den am meisten verfolgten Sozialisten in den Vereinigten Staaten. Die Partei hat ihre politikfeindliche Haltung bis in die Gegenwart aufrecht erhalten. Anderseits zeigt uns aber eine eingehende Betrachtung ihrer Parteipresse, daß sie die anarchistisch-syndikalistische Richtung so gut wie aufgegeben hat, obwohl die Presse der anderen sozialistischen Parteien ihr diese Tendenzen auch jetzt noch zuschiebt. Wir lesen aber im offiziellen Organ dieser Partei (Industrial Unionist, Neuyork) Aufrufe zur systematischen Ausarbeitung der neuen Gesellschaftsordnung, Einrichtung eines Forschungsinstituts (research-bureau) für die Feststellung der Produktionskosten in den einzelnen Industrien usw., um die Arbeiterschaft für ihre künftige Aufgabe zur Uebernahme der Führung der Produktion und vorläufig zur Arbeiterkontrolle vorzubereiten. Es wird von der Partei eine zentrale Organisation der Industrie angestrebt; sie ist Anhängerin der noch zu schaffenden und aus Industrieverbänden bestehenden großen internationalen Arbeiterunion.

Es kommen dann weitere zwei sozialistische Bewegungen in Frage, die beide mit der russischen Revolution sympathisieren, ohne sich jedoch der dritten Internationale angeschlossen zu haben. Sie betonen im Gegenteil die taktischen Unterschiede zwischen der russischen und der amerikanischen Bewegung; sie geben an, daß mit der vorerst noch individualistisch gesinnten Seelenverfassung des amerikanischen Arbeiters gerechnet werden müsse und ein Anschluß an die dritte Internationale keinen Widerhall unter den amerikanischen Arbeitern zu finden vermöchte. Die politische Partei dieser Richtung heißt, Sozialistische Arbeiterpartei (Socialist Labour Party), die gewerkschaftliche Organisation derselben Richtung aber: Internationale Industrie-Vereinigung der Welt (W. J. J. U.). Das Organ der ersteren ist die in Neuyork erscheinende „Weekly People", der letzteren die in Detroit (Michigan) herausgegebene „Industrial Union News". Beide Parteien sind miteinander eng verbunden und verkünden die Lehren ihres im Jahre 1914 verstorbenen Führers De Leon. Mit den Lehren De Leons, der in dieser Partei als bedeutendster Nachfolger Marxs und Vorgänger Lenins bezeichnet wird, wollen wir uns ein andermal auseinandersetzen. Hier erwähnen wir nur so viel, daß De Leon und die unter seiner Führung arbeitenden Parteien den Gedanken der Betriebsräte sehr stark herausgearbeitet haben. Sie streben eine Neuorganisierung der Arbeiter auf Grundlage der Industrien statt der Berufsverbände an. Von den beiden Parteien wollen wir nur noch feststellen, daß die politische Partei bereits vor Jahrzehnten entstanden ist, während die gewerkschaftliche erst in letzter Zeit gegründet wurde. Beide treten für eine kräftige politische Aktion ein. Diese Arbeiterorganisationen sind vorläufig sehr schwach.

Natürlich gibt es auch eine kommunistische Partei in den Vereinigten Staaten, welche sich ausschließlich auf unterirdische Arbeit beschränken muß. Die Staatsgewalt verfolgt die Kommunisten erbarmungslos.

Vor der Präsidentenwahl ist eine neue Arbeiterpartei entstanden, welche die Arbeiter und die kleinen Landwirte unter dem Namen Arbeiter- und Farmerpartei zu vereinigen suchte. Ihrem Kandidaten Christensen, gelang es, anläßlich der Wahlen sechshunderttausend Stimmen auf sich zu vereinigen. Sie fordert in ihrem Programm (mitgeteilt im „Am. Nation" 27. Okt. 1920) die Arbeiterkontrolle, die Ueberführung der lebenswichtigen Industrien in den Besitz der Gemeinschaft, den Kampf gegen den Imperialismus usw. Die Partei schlägt einen sehr scharfen Ton gegen die Kapitalistenklasse an, das Programm dagegen ist recht mäßig gehalten.

Gewisse links von der A. F. of L. stehende Elemente der Arbeiterschaft haben in letzter Zeit in Neuyork neue Organisationen geschaffen, einen Arbeiterrat und ein Gewerkschaftskartell, das die Schuhmacher, Lederarbeiter, Bauarbeiter und die Arbeiter in der Bekleidungsindustrie in sich vereinigt. Sie fordern u. a. Amnestie für die verurteilten Sozialisten (Sonntagsblatt 28. November 1920).

Wir möchten noch zum Schluß die Forderungen mitteilen, welche als Mindestforderungen von allen Arbeiterorganisationen angenommen worden, und welche unter dem Namen „Forderungen der Rechte der Arbeiter" (Labours Bill of Rights) bekannt sind. Diese sind folgende: 1. das unbeschränkte Recht aller Arbeiter, die öffentlichen Angestellten einbegriffen, auf Organisation und auf Verhandlung mit den Arbeitgebern durch ihre Verbände. 2. Kein Zwang zum Schiedsverfahren. 3. Die Arbeitszeit darf täglich höchstens nur 8 Stunden und wöchentlich 44 Stunden betragen. 4. Arbeitslosen- und Altersversicherung für den Arbeiter und für seine Familie. 5. Organisierung öffentlicher Arbeiten für Perioden der Wirtschaftskrise, sowie das Bauen von Wohnhäusern und Wegen, Häfen, Kanälen usw. 6. Erziehung der Kriegsbeschädigten und in der Industrie Verkrüppelten. 7. Einstellen der Kinderarbeit für Kinder unter 16 Jahre. 8. Vollständiger und wirksamer Frauenschutz und gleicher Lohn für gleiche Arbeit für die Frauen. 9. Abschaffung der privaten Anstalten für Stellenvermittelung, welche nur Streikbrecher liefern. 10. Ausgestaltung der staatlichen Stellenvermittelung. 11. Maßnahmen gegen die Ausländerung der Einwanderer durch die Unternehmer. 12. Wirksame Durchführung des Gesetzes für Seeleute. Die heute bestehenden Schutzmaßnahmen für diese dürfen nicht geschmälert werden. 13. Verhinderung des zwischenstaatlichen Handels mit Produkten, die von Sklavenarbeit (bei der die Arbeiter sich auf viele Jahre verpflichten müssen, D. Red.) herrühren. 14. Die Einsetzung eines Staatsamtes für Erziehung und für die Hebung der Produktivität; Gelegenheiten zur Ausbildung für Arbeiterkinder. (A—H.)

## Starkes Wachsen der Erwerbslosenzahl in Deutschland.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. Dezember bis 1. Januar um 43 000 auf rund 403 000 gestiegen, und zwar hat die Zahl der männlichen sich von 292 000 auf 338 000, die der weiblichen von 74 000 auf 76 000 erhöht. Der besonderen Steigerung der männlichen Erwerbslosen entspricht die starke Zunahme der Familienangehörigen von 381 000 auf 454 000. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die unterstützten Erwerbslosen mit ihren Angehörigen nur einen Bruchteil der wirklich Erwerbslosen bilden. Tatsächlich dürfte die Zahl der Erwerbslosen und ihrer mitbetroffenen Angehörigen das Doppelte der vorgenannten Ziffern überschreiten, wozu noch die sehr große Zahl der sogenannten „Kurzarbeiter" tritt. Wenn trotz der Arbeitsstreckung und trotz der Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge, durch die mehr als 200 000 Arbeitern Beschäftigung verschafft worden ist, die Erwerbslosigkeit jetzt so gewaltig anschwillt, so zeigen sich damit nicht zuletzt die Folgen des Kohlenabkommens von Spa, dessen drosselnde Wirkungen auf die deutsche Industrie mehr und mehr in Erscheinung treten.

## Aufbesserung der Rentenbezüge für die deutschen Kriegsbeschädigten.

**Berlin**, 26. Jan. Im Ausschuß des Reichstags für Kriegsbeschädigtenfragen wurde zur Verbesserung der Rentenbezüge ein gemeinsamer Antrag der Parteien vorbereitet, wonach die Reichsregierung unverzüglich Schritte unternehmen soll, um die Teuerungszulage mit Wirkung vom 1. Januar 1921 um 10 vom Hundert zu erhöhen und die Stufen des zusammenrechnungspflichtigen Einkommens je um 2000 Mk. zu erhöhen. Der Reichstag hat unter dem 16. Dezember 1920 einen ständigen Ausschuß von 21 Mitgliedern für Beamtenangelegenheiten eingesetzt, der insbesondere die Aufgabe hat, in dauernder Verbindung mit der Reichsregierung und den Vertretern der Beamten die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Bedeutung für die Beamtenschaft fortlaufend zu verfolgen und notwendig werdende Maßnahmen unverzüglich zu veranlassen. Dieser Ausschuß hielt am 26. Januar seine erste Sitzung ab und erhob dagegen Einspruch, daß der Beamtenausschuß nicht mit der letzten Regelung der Teuerungszulage befaßt worden ist.

## Staffelung der Lebensmittelpreise in Oesterreich.

**Wien**, 26. Jan. Die dem Nationalrat zugehende Vorlage betr. die Staffelung der Lebensmittelpreise bestimmt, daß die Verbraucher, soweit sie Brot und Mehl auf Ausweiskarten beanspruchen können, in drei Gruppen eingeteilt werden. In die untere Gruppe entfallen die Einkommen, deren Durchschnitt auf den Haushaltskopf 12 000 Kronen nicht erreicht. Die obere Gruppe umfaßt Haushaltungen bis durchschnittlich mindestens 100 000 Kronen auf den Kopf. Haushaltungen von mindestens 500 000 Kronen fallen unter allen Umständen in die obere Gruppe. Alle übrigen Verbraucher gehören zur Mittelgruppe. Die obere Gruppe hat Preise zu entrichten, die hinter den vollen Erzeugungskosten zurückbleiben. Die mittlere Gruppe hat mittlere Preise zu bezahlen. Die Preise der unteren Gruppe müssen mindestens die Kosten der Weiterverarbeitung und der Handelszuschläge decken. Die vorgesehenen Sätze betragen für einen Laib Brot bei der unteren Gruppe 8 Kronen 10 Heller, bei der mittleren 15, bei der oberen Gruppe 16 Kronen.

## Die Schweizer Sozialdemokraten gegen die dritte Internationale.

**Bern**, 26. Jan. Bei der Urabstimmung in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz wurden 25 324 Stimmen gegen und 8723 Stimmen für den Beitritt zur dritten Internationale abgegeben.

## Der „kranke Mann" am Bosporus.

**London**, 26. Jan. Associated Preß meldet aus Konstantinopel, daß die Alliierten die türkischen Zölle mit Beschlag belegt haben. Der Sultan sei der einzige, der noch Geld zur Aufrechterhaltung seines Haushalts erhält. Die Beamten haben seit vier Monaten kein Gehalt mehr bekommen. Die Nationalisten nutzen die Lage aus, indem sie durch Geldsendungen nach Konstantinopel die Beamten der Konstantinopeler Regierung für sich gewinnen.

**Die Schulden der Welt.** Federsted Preß veröffentlicht eine interessante Statistik der National City-Bank in Neuyork. Danach betragen die Schulden aller Staaten der Welt 300 Milliarden Golddollars, gegen 212 Milliarden bei Unterzeichnung des Waffenstillstandes. Die Rückkehr des Friedens hat somit keineswegs dem Anwachsen der allgemeinen Schuldenlast und der Inflation Einhalt getan, denn betrug während des Krieges die jährliche Zunahme der Weltschuldenlast 40 Milliarden Golddollars, so beziffert sie sich im ersten Jahre nach dem Waffenstillstand sogar auf 45 und in dem seitdem verflossenen zweiten Jahre auf 42 Milliarden.

# Letzte Nachrichten.

**Saarbrücken**, 27. Jan. Die Regierungskommission hat die Statuten für die Gründung einer Reichsgewerkschaft von Eisenbahnbeamten und Arbeitern, die von einer Gruppe von Eisenbahnangestellten eingereicht worden waren, nicht genehmigt, und zwar mit der Begründung, daß durch eine solche Gründung ein allzu enger Zusammenhang mit der Berliner Zentrale hergestellt werden würde.

**Stockholm**, 27. Jan. Der Reichstag hat gestern die im Jahre 1919 beschlossenen Verfassungsänderungen, wodurch u. a. die Frauen das volle politische Wahlrecht erhalten und das Wahlrecht nicht länger von der Steuerzahlung abhängig gemacht wird, endgültig bestätigt.

**London**, 27. Jan. Das laut Artikel 304 des Friedensvertrages von Versailles zur Regelung der deutsch-englischen Handelsstreitfragen gebildete deutsch-englische gemischte Schiedsgericht hat gestern seine erste Sitzung abgehalten, an der der schweizerische Jurist Professor Eugen Borel und von deutscher Seite Dr. Jacharias und Dr. Hesse teilnahmen.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes" aus Braunschweig erklärten die drei Kommunisten gestern im Landtag, daß sie den Etat der Regierung bewilligen werden. Dadurch ist die drohende Regierungskrisis beseitigt.

# Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 23 | Freitag, den 28. Januar 1921 | 12. Jahrgang

## Danziger Nachrichten.

### Die unabhängigen Freunde von gestern.

Unter der bezeichnenden Ueberschrift „Lügen, Verleumdungen und Verrat“ beschäftigt sich das nunmehr echt kommunistische „Freie Volk“ mit den Aeußerungen der Danziger Presse über die Vereinigung der Unabhängigen mit den Kommunisten. Wenn das Blatt zunächst versucht die eigenartige Rolle des ihm sehr nahestehenden Abgeordneten Raube zu verwischen und sich bemüht „richtig“ zu stellen, daß Raube stets für den Anschluß an Moskau war, so sind diese Sorgen um das Prestige des „geliebten“ Führers sehr kennzeichnend. In Wirklichkeit läßt sich nämlich nicht bestreiten, daß sich Raube in der Moskaufrage sehr schwankend gezeigt hat und noch auf dem vorhergehenden Parteitag für die U. S. P. eintrat. So unliebsam diese Tatsachen für die weitere politische Tätigkeit dieses geschäftsgewandten Herrn sein mögen, so notwendig ist ihre Feststellung zur Beurteilung seiner Persönlichkeit. Doch das „Freie Volk“ hat weit größere Schmerzen, die nämlich darin bestehen, daß sich die alten Unabhängigen in Ermangelung eines Blattes nunmehr der im „radikalrevolutionären“ Lager weit einflußreicheren und wirksameren „Neuesten Nachrichten“ bedienen sollen. Nach Behauptung des „F. V.“ soll es bewiesen werden können, daß einige Mitteilungen der „Danziger Neuesten Nachrichten“ über Internas aus dem radikalen Lager auf Informationen aus Kreisen der unabhängigen Abgeordneten stammen. Darüber ist das „F. V.“ so erbost, daß es unter der gleichen verantwortlichen Leitung des früheren Unabhängigen und jetzigen Kommunisten Bargel nachstehende Kennzeichnung ihrer bisherigen Parteigenossen nicht scheut. — Das „F. V.“ schreibt wörtlich:

„Die abgrundtiefe Gemeinheit eines solchen hochverräterischen Treibens spricht selbst jeder bürgerlichen Moral Hohn. Ein angeblich revolutionärer Arbeiterführer gibt sich dazu her, die Reaktion direkt und bewußt zu stärken und die revolutionäre Arbeiterbewegung direkt und bewußt zu verleumden und zu entzweien. Diese verleumderischen Angriffe auf die revolutionäre Arbeiterschaft sind in ihren Folgen schlimmer und böswilliger als selbst die Noskegarden. Diese konnten höchstens wehrlose Proletarier morden. Ersteres ist geeignet große Teil des revolutionären Proletariats und das Proletariat überhaupt zu demoralisieren.

Ist denn dem ekelhaften Hochverräter am Sozialismus nicht klar, daß selbst die bürgerliche Moral die betreffenden bürgerlichen Redakteure zwingt, vor Ekel auszuspeien, sobald er ihnen nur den Rücken kehrt. Daß es unmöglich einen Menschen geben kann, der nicht tiefinnerst eine derartige schmutzige Handlungsweise verachten muß.

Noch brauchen die Reaktionäre derartige Subjekte .....“

Diese wenigen Stilblüten mögen genügen um den Umgangston der bisherigen „radikalen“ Freunde zu zeigen. Da auch die noch verbliebenen Unabhängigen teilweise derartige Umgangsformen in der Presse und ihren Reden sehr beliebt haben, so kann das Intermezzo noch manche Steigerungen bringen. Wenn wir sonst auch gewiß nicht weder mit den Führern der U. S. P. noch der V. K. P. D. übereinstimmen, so scheint uns der oben wiedergegebene letzte Satz aus dem „F. V.“ die Situation nach beiden Seiten zu kennzeichnen. So lange die Reaktion noch „derartige Subjekte“ hat, die mit den Organisationen der Arbeiterbewegung derart Schindluder treiben, um sie wegen ihres politischen und geschäftstüchtigen Ehrgeizes immer mehr zu spalten, kann die Reaktion nur zufrieden sein und da hat sowohl die U. S. P. als auch die V. K. P. ihre schwere nie wiedergutzumachende Schuld zu tragen.

**Februar**

**1**

Am 1. Februar beginnt ein neues Abonnement auf die

**„Danziger Volksstimme“.**

Der Abonnementspreis beträgt:
Für einen Monat frei ins Haus 5,— Mk.
Durch die Post bezogen . . 5,— Mk.
einschließlich der Zustellgebühren.

**Der Verlag der „Danziger Volksstimme“.**

**Neue Wirtschaftszeitung in Danzig.** In zirka 8 Tagen erscheint, von der Handelskammer zu Danzig herausgegeben, die erste Nummer der „Danziger Wirtschaftszeitung“. Diese Zeitschrift, die halbmonatlich erscheint, gibt Rat und Auskunft über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Ostens. Insbesondere gibt sie schnelle und zuverlässige Nachrichten aus der wirtschaftlichen Gesetzgebung des Freistaates Danzig und der Republik Polen. In der gegenwärtigen Zeit, in der sich Ein- und Ausfuhrbestimmungen, Zollverordnungen und sonstige wirtschaftliche Maßnahmen schnell und häufig ändern, ist eine derartige Zeitung für jeden Handels- und Gewerbetreibenden, der mit dem Osten geschäftlich zu tun hat, außerordentlich wertvoll. Die „Danziger Wirtschaftszeitung“ ist bei jeder Postanstalt zu bestellen. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich (6 Nummern) 10 Mark. Die Einzelnummer kostet 2.50 Mark.

**Die deutsche Filmgewerkschaft** hielt vom 23.—25. Januar in Berlin ihren 3. Gewerkschaftstag unter reger Beteiligung ab. Aus allen Teilen Deutschlands waren Delegierte erschienen. In 53 Städten bestehen bereits Organisationen der Gewerkschaft. An der Spitze steht mit einer Zahl von rund 5000 Mitgliedern Berlin, dann folgt Hamburg mit etwa 1500, München, wo noch eine Sondervereinigung besteht, dürfte sich demnächst der Gewerkschaft anschließen. Der Vereinssyndikus Dr. Goldbaum hielt einen Vortrag über „Stellungnahme zu den wirtschaftspolitischen Fragen der Gegenwart. In den Gewerkschaftsrat wurde u. a. auch der Vertreter Schmutzer-Danzig gewählt.

**Prof. Adolf Busch**, den wir am 19. Januar im vierten philharmonischen Konzert zum erstenmal in Danzig hören werden, ist mit außergewöhnlicher Schnelligkeit zu den größten künstlerischen Erfolgen gelangt. Die Fachkritik hob schon von Anbeginn seiner Konzerttätigkeit hervor, man habe den Eindruck, Josef Joachim müsse in seinen jungen Jahren so gespielt haben wie Busch. Und wenige Jahre nach seinem ersten öffentlichen Auftreten schon wurde Busch, erst im Anfang der Zwanzig stehend, als Nachfolger des Altmeisters als Leiter der Violinklassen an die Berliner Hochschule für Musik berufen.

**Angetriebenes Holz.** Am Ostseestrande bei Schiewenhorst sind nachbenannte, strandtriftige Hölzer angetrieben und geborgen: 4 Stück Kiefern-Langholz mit 4,39 Fmtr. Inhalt (Zeichen L. c.), 8 Stück Fichten-Langholz mit 2,97 Fmtr. Inhalt (Zeichen L. c.), 5 Rmtr. Nutzklöben 1. Klasse, 2,5 Rmtr. Brennholzklöben. Etwaige Eigentümer dieses Holzes können sich unter Vorlage glaubwürdigen Beweismaterials bei dem Strandvogt, Hegemeister B..., Kohnsack, melden, andernfalls das Holz am 10. März 1921 zugunsten der Staatskasse verkauft wird.

**Ueber „Arbeiter und Christentum“** wird Pastor Wechel am 1., 3., 8. und 10. Februar im Singsaal der Petrischule einige Vorträge halten. Zunächst will Redner darlegen, was den Arbeiter vom Christentum getrennt hat und in der zweiten Stunde das Thema der Rückgewinnung des Arbeiters für das Christentum behandeln. In der dritten Stunde soll Gelegenheit zu einer Aussprache gegeben werden und wird der Vortragende seine persönliche Anschauung über „Sinn und Seele des Sozialismus“ darlegen. — Außerdem wird an denselben Tagen Konsistorialrat Grühl sprechen über „Das Alte Testament und die christliche Gemeinde“. Interessante wichtige Gegenwartsfragen sollen hier zur Sprache kommen. Jedermann ist zu den Vorträgen eingeladen. (Vergleiche heutiges Inserat.)

**Deutscher Heimatbund.** Die schönsten Waldlandschaften und Waldbäume der Heimat wird heute, Freitag, 8 Uhr abends in der Oberrealschule Herr Oberförster Nicolai in prächtigen Lichtbildern vorführen und dabei die Gefahren, die unseren Waldbeständen drohen, mit den notwendigen Abwehrmaßnahmen besprechen. Was deutsche Dichter und Komponisten zur Verherrlichung des deutschen Waldes zu sagen wissen, werden Frauen- und Männerchöre unter Leitung von Herrn Koenenkamp in deutschen Waldliedern zu Gehör bringen. Wir verweisen unsere Leser auf die Anzeige in unserer Mittwoch-Nummer.

**Polizeibericht vom 27. Januar 1921.** Festgenommen: 10 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 1 wegen Betrugs, 2 wegen Vergehens gegen § 218, 1 in Polizeihaft, 2 wegen Brotmarkenhandels. — Obdachlos: 1 Person.

## Aus der Geschäftswelt.

**Schonungsvolle Behandlung der waschbaren Wäsche** ist aus allgemein wirtschaftlichen Gründen zwingend geboten. Von den wegen ihrer guten Wirkung und bequemen Anwendungsweise beliebten Seifenpulvern sind die mit Salmiak die am besten geeigneten. Allerdings verändert sich der altbewährte Salmiak auf dem Lager und wird geringwertig, doch ist es der chemischen Fabrik Carl Gentner in Göppingen gelungen, ein unveränderlich haltbares hochwertiges Salmiak-Terpentin-Seifenpulver (D. R. P. 299 986) herzustellen, welches unter dem Namen „Dr. Gentners Goldperle“ auf den Markt kommt und das weitaus beste bisher bekannte Fettseifenpulver darstellt, welches für den Hausgebrauch in Frage kommt.

**Augen auf!**

Die echten
**MAGGI's Fleischbrühwürfel**
tragen auf der rotgelben Packung den Namen MAGGI.
Andere Würfel stammen nicht von der Firma MAGGI.

(3349)

## Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Linden.

112) (Fortsetzung.)

Zu der angenehmen Ueberraschung der Baronesse war die Stube gut gelüftet. An den Fenstern befanden sich kleine, schneeweiße Gardinen. An einem derselben stand eine blühende Goldlackstaude, die den Raum mit ihrem süßen Duft erfüllte. Ursula saß neben dem Ofen, der gegen allen Brauch nicht mit roten Windeln garniert war, und hielt ihr Enkelchen auf dem Schoß.

Engelberta hatte beim Eintritt sehr freundlich gegrüßt. Sie sagte jetzt lachend:

„Ihr habt es meiner Seel sauberer wie ich! Hier liegt ja kein Stäubchen.“

„Jesus, Maria und Josef!“ rief Ursula aus. „Das is ja gar unsere gnädige Baronesse!! Küß die Hand, Euer Gnaden,“ fuhr sie demütig fort und haschte nach Engelbertas Hand, aber Engelberta sagte freundlich:

„Laßt das nur, Mutter! Das ist natürlich der Kleine?“

„Halten zu Gnaden, gnädige Baronesse,“ entgegnete Ursula voller Stolz. „Das is mein lieber, kleiner Enkelsohn, der Fritzi.“

„Ein schönes Kind!“ lobte Engelberta. „Und wie blitzsauber Ihr den Kleinen haltet! Ja, so lasse ist mir kleine Kinder gefallen. Wo sind es allerliebste Reffchen, wenn sie aber Kopfgrind haben und kleine Dreckpartel sind, die eine kleine Lichtefabrik unter der Nase haben, dann soll man mir drei Schritt mit ihnen vom Leibe bleiben.“

„Sauber muß a Kindel sein, dös stimmt,“ sagte Ursula beifällig. „Weißt du, Therese, ich billige es vollständig, daß du nicht mehr für uns im Schloß nähst,“ fuhr die Baronesse fort, „aber du kannst doch bei dir zu Hause für mich nähen.“

Therese erhob sich, machte einen zierlichen Knicks und erwiderte:

„Es wird mir jederzeit eine Ehre sein, für Baronesse zu arbeiten.“

„Freut mich, daß du so gefällig bist,“ lobte Engelberta. „Glaub mir, Therese, es ist jetzt nicht mehr schön bei uns, und du hast es in mancher Beziehung besser wie ich.“ Sie seufzte, überwand dann aber ihre Traurigkeit und fuhr lächelnd fort: „Da habe ich dir was für deinen hübschen Jungen mitgebracht. Von Rechts wegen müßte dir eine Rente ausgesetzt werden, aber dafür ist meine Mutter nicht zu haben. Wenn ich majorenn bin, reden wir wieder darüber.“

Sie nickte beiden Frauen freundlich zu, drückte der höchlichst überraschten Therese ein gefülltes Portemonnaie in die Hand und war verschwunden, ehe ihr Therese danken konnte. Wenige Minuten später waren die scharfen Hufschläge schon in der Ferne verhallt.

„Schau doch nach, Reserl, wieviel Geld es in dem gespaßigen Geldtascherl hat,“ bat Ursula neugierig.

Therese öffnete das Portemonnaie und schüttete seinen Inhalt auf den Tisch. Derselbe bestand aus drei Doppellouisdoren, zwei Talerstücken, einem österreichischen Gulden, einem Dukaten, der außer Kurs gesetzt war und nur noch den Goldwert hatte, und einer Anzahl kleinerer Münzen.

„Jessas!“ rief Ursula aus. „Is das ein Reichtum! Ich had immer gesagt, ewig schade is, daß unsere Baronesse keine Erziehung nit hat. So ein viel gutes Herzel hat sie!“

Die Baronin war höchst erzürnt darüber, daß ihre Stieftochter so zur Unzeit in die Stadt geritten war; aber sie empfing sie trotzdem sehr freundlich, weil der Majoratsherr zugegen war. Der letztere erhob sich bei Engelbertas Eintritt von seinem Sitz, verbeugte sich sehr tief und sagte mit schnarrender Stimme:

„Schon befürchtete ich, des hohen Vorzugs verlustig zu gehen, Baronesse begrüßen zu dürfen. Darf ich fragen, wie Baronesse sich befinden?“

„Danke, so ziemlich,“ entgegnete Engelberta schnippisch. „Vorher ging es mir viel besser.“ Darauf sagte sie zu ihrer Stiefmutter:

„Rate mal, liebe Mutter, wem ich einen Besuch abgestattet habe.“

„Etwa der Komtesse Dybalt?“ fragte die Baronin.

„Durchaus nicht!“ rief Engelberta lachend aus. „Ich verspürte nicht die mindeste Lust, mich zu mopsen. Nee, ich war bei Therese. Du mußt recht bald zu ihr gehen, denn ein so reizendes Kind gibt es weit und breit nicht.“

Die Baronin wurde dunkelrot und dann sehr blaß. Sie mußte alle Selbstbeherrschung aufbieten, um dem Zorn, der in ihr kochte, nicht laut und kräftig Ausdruck zu verleihen. Sie saß kerzengerade da und entgegnete mit erzwungener Ruhe:

„Das werde ich mir noch überlegen.“

„Was du tun willst, tue bald,“ sagte Engelberta mit einem spöttischen Lächeln. „Du richtest dich ja sonst so streng nach der Bibel.“

„Einer Ihrer vielen Vorzüge, meine gnädigste Baronin,“ schmeichelte der Majoratsherr. „Ich hoffe auf Ihre gnädige Fürsprache und werde mir erlauben, morgen früh wieder meine Aufwartung zu machen.“

Die Baronin bat dringend, der Majoratsherr möge noch verweilen, aber dieser schützte eine Verabredung vor und entfernte sich, nachdem er beiden Damen voller Inbrunst die Hand geküßt hatte.

Kaum war der Baron außer Hörweite, so brach der Sturm los. Die Baronin verlor alle Mäßigung und schalt in den derbsten Ausdrücken auf ihre Stieftochter, bis Engelberta ihr blaß vor Zorn zurief:

„Höre auf, mich zu beschimpfen! Mit jeder Schmähung, die du mir zurufst, beleidigst du nicht nur mich und meine verstorbenen Eltern, sondern auch dich, denn auch du trägst unsern Namen, den du durch deine wüsten Schimpfereien auf mich in den Schmutz ziehst.“

„Wenn ich zu weit gegangen bin, dann hast du mich durch dein Betragen geradezu dazu getrieben,“ versetzte die Baronin erregt. „Ich war hocherfreut darüber, daß ein ehrenhafter Mann so unbefangen war, dir seine Hand anzubieten, und nun hast du ihn derartig vor den Kopf gestoßen, daß er sich hier sicher nie mehr blicken lassen wird.“

„Was? Der lange Laban, der die Turmuhr von unten regulieren kann, will mich heiraten?“ fragte Engelberta und brach in ein schallendes, nicht endenwollendes Gelächter aus. Immer noch lachend stieß sie hervor:

„Der storchbeinige Baron paßt ja viel besser zu dir, wie zu mir. Heirate ihn in Gottes Namen. Meinen Segen hast du. Der Vater wird sich nicht im Grabe umdrehen, wenn du ihm einen Nachfolger gibst. Aller guten Dinge sind drei. Also los.“

(Fortsetzung folgt.)

**Die Bureaus der Pensionsregelungsbehörde Nr. 4** befinden sich nunmehr sämtlich in der früheren Artilleriekaserne, Sandgasse Nr. 6—8, 2 Treppen (Zimmer 209—216). Die Behörde erhält in einigen Tagen den Fernsprechanschluß Nr. 3186.

**Gerichtswesen in der Freien Stadt Danzig.** Ueber dieses Thema spricht Dr. Kamnitzer am Sonnabend, den 29. Januar und Donnerstag, den 3. Februar, abends 7½ Uhr, in der Aula der Hilfsschule, Heilige Geistgasse 111. Eintrittskarten zu beiden Vorträgen zum Preise von 2 Mk. sind in den bekannten Verkaufsstellen der [illegible] sowie im Parteibureau, 4. Damm 7 II, zu haben. — Da die Kenntnis des Gerichtswesens in weiten Bevölkerungskreisen noch [illegible], so ist es zu begrüßen, daß der Arbeiter-Bildungsausschuß gerade dieses Thema gewählt hat. Der Besuch der Vorträge ist zu empfehlen.

**Kinder-Lichtbilderabende.** Am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag der nächsten Woche nachmittags 5 Uhr, finden in der Aula der Hilfsschule, Heilige Geistgasse 111, Lichtbilder-Vorführungen statt. Es werden die lustigen Bubengeschichten von Max und Moritz vorgeführt nach den Bildern von Wilhelm Busch. [illegible] Peters Reise und [illegible] und viele andere werden unsere Kleinen erfreuen. Der Eintrittspreis ist von der Frauenkommission des [illegible] auf 50 Pfg. festgelegt. Die Karten sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben. Kinder arbeitsloser Genossen erhalten auf dem Parteibureau, 4. Damm 7 II, gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches und der Arbeitslosenkontrollkarte des Vaters Freikarten.

---

**Danziger Höhe.** Selbständiges Standesamt für Gemeinde Altdorf. Nachdem die Gemeinde Altdorf vom 1. April d. Js. von dem Standesamtsbezirk Ohra abgetrennt und zu einem eigenen Standesamtsbezirk gebildet wird, werden von diesem Zeitpunkt ab die Geschäfte des Standesbeamten des Standesamtsbezirks Altdorf von dem Gemeindevorsteher von Altdorf, Hofbesitzer Wilhelm Bölcke in Altdorf und die Geschäfte des Stellvertreters des Standesbeamten von dem 1. Schöffen, Hofbesitzer Friedrich Meyer in Altdorf wahrgenommen. Bis zum 1. April dieses Jahres erfolgt die Beurkundung des Personenstandes der Gemeinde Altdorf noch bei dem Standesamt Ohra.

Die Ueberlandzentrale Straschin-Prangschin gibt bekannt, daß wegen dringender Arbeiten an der Hochspannungsleitung am Sonntag den 30. Januar, von 8 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags die Orte Ronfau, Gut Schönfeld, Maplau, Borgfeld, Guteherberge, Wollmannsdorf, Straschin, Prangschin und Ohra Radaunerbrücke ohne elektrischen Strom sein werden. Sollte an diesem Tage schlechtes Wetter sein, so kommt der erste Sonntag im Februar in Frage.

Bei der amtlichen Fürsorgestelle des Kreises Danziger Höhe finden ab 31. d. Mts. am Montag und Donnerstag jeder Woche keine Sprechstunden statt, damit an diesen Tagen die infolge Ueberlastung des Geschäftsbetriebes entstehenden schriftlichen Arbeiten erledigt werden können.

**Danziger Niederung.** Das Steueramt 2 wird vom 5. Februar dieses Jahres ab von Elisabethwall 9 nach Promenade 9 (frühere Kriegsschule), 3. Obergeschoß, verlegt. Aus Anlaß des Umzuges bleibt das Steueramt 2 am 3. und 4. Februar d. Js. geschlossen. Für dringende Fälle wird an den zwei genannten Tagen in den bisherigen Geschäftsräumen eine Abfertigungsstelle für das Publikum eingerichtet. Es wird gleichzeitig gebeten, auch am 2. und 5. Februar d. Js. nur in den dringendsten Fällen vorzusprechen.

**Oliva.** Von Freitag, den 28. d. Mts., ab kommen zur Verteilung: 250 Gramm Grieß zum Preise von 1.70 Mk. pro Pfund oder 250 Gramm Haferflocken zum Preise von 2.60 Mk. pro Pfund in sämtlichen Geschäften auf Marke 7 der Lebensmittelkarten, 500 Gramm Kunstspeisefett auf Marke 8 der Lebensmittelkarten zum Preise von 18 Mk. pro Pfund in den bekannten Geschäften. 250 Gramm Grieß auf Marke 9 der grünen Nährmittelzulagekarte und Marke 3 der gelben Nährmittelkinderkarten und 125 Gramm Grieß auf Marke 4 der lila Nährmittelkinderkarten in nachstehend angeführten Geschäften: Borczinski, Bohlen, Tieck, Dahlmann, Freitag, Fierke, Graff, Hellwig, Koppel, Klein, Kroen, Trondt, Ziehlke. Der Kleinverkaufspreis für ein Pfund Grieß beträgt 1.70 Mk. Wer die ihm zustehenden Waren bis Montag, den 31., abends 6 Uhr nicht abgeholt hat, verliert das Anrecht darauf.

## Aus den Gerichtssälen.

**Bandendiebstähle in Zoppot.** Wegen einer Reihe von Bandendiebstählen hatten sich die Arbeiter Stochel, Artur Wilschewski, Leo Lipke und der Heizer Emil Müller, sämtlich in Danzig, vor der Strafkammer zu verantworten. Die Diebe hatten sich zusammengeschlossen, um gemeinsam nachts nach Zoppot zu fahren, dort Einbruchsdiebstähle zu begehen und die gestohlenen Sachen nach Danzig zu bringen, um sie hier zu verkaufen. Einer Arbeiterin stahl man 75 Mark, aus einer Wohnung wurden die Sachen ausgeräumt, ferner wurden Wein, Wäsche, Kleidungsstücke, Schuhe, Lebensmittel gestohlen. Brot wurde sofort in Zoppot aufgegessen, Bier wurde ausgetrunken, Weckgläser wurden mitgenommen. Auf dem Hauptbahnhof in Danzig fanden sich unbekannte Abnehmer. Mehrfach wurden die Diebe bei der Arbeit gestört. Eine weitere Angeklagte hatte gestohlene Wäsche gekauft. Stochel verkaufte an den Sohn dieser Angeklagten einen Regenmantel und schickte dann Müller ab, zu diesem zu gehen und ihm zu erklären, daß er einen Regenmantel gekauft habe, der dem Müller gestohlen worden sei. Müller tat dies auch und ließ sich den Regenmantel geben. Auf diese Weise hatte die Diebesbande das Geld und die Ware. Müller zahlte dann an Stochel für diesen Schwindel 75 Mark. Das Gericht verurteilte Stochel wegen Diebstahls in 6 Fällen, eines Betruges und der Anstiftung zum Betruge zu 6½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Wilschewski wegen Diebstahls in 4 Fällen zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, Lipke wegen Diebstahls in einem Falle zu 1 Jahr Gefängnis, Müller wegen Betruges zu 3 Monaten Gefängnis.

## Filmschau.

**„Die Lieblingsfrau des Maharadscha".** Das bekannte Filmwerk, dessen 1. und 2. Teil hier mit großem Erfolg vorgeführt wurde, hat nunmehr eine Fortsetzung erhalten. Wie uns mitgeteilt wird, hat die „Ufa" (Universum-Film A. G.) in Berlin den Darsteller der Hauptrolle, Gunnar Tolnaes, mit einem fürstlichen Honorar nach Berlin engagiert, wo die Aufnahmen des 3. Teiles dieses Filmwerkes in den Riesenateliers der „Ufa" ausgeführt wurden. Bisher wurden alle Gunnar Tolnaes-Filme in Kopenhagen hergestellt. Weil die Einfuhr ausländischer Filme aber verboten ist, konnten seit langer Zeit keine Tolnaes-Filme mehr gezeigt werden. Nunmehr hat die „Ufa" in Berlin durch eigene Aufnahmen ermöglicht, daß demnächst der 3. Teil „Die Lieblingsfrau des Maharadscha" in den U. T.-Lichtspielen zur Vorführung gelangt. Vorher wird je eine halbe Woche nochmals der 1. und 2. Teil vorgeführt werden.

## Sport und Körperpflege.

**(Mitteilungen des Arbeiter-Sportkartells.)**

Sonnabend, den 29. Jan., 6.30 Uhr im Stockturm Kartellsitzung. Bericht vom 1. Reichsarbeitersporttag.

**Freie Turnerschaft Danzig.**
Sonntag, vormittags 9 Uhr, Vorstandssitzung.
Dienstag, den 1. Febr., Monatsversammlung mit gemütlichem Beisammensein.

**Touristenverein „Die Naturfreunde".**
Sonntag, 30. Jan.: Nach dem Olivaer Wald. Treffen: 8 Uhr Kohlenmarkt. Führer: Partikel.
Donnerstag, 3. Febr., abends 6 Uhr im Heim: Bericht vom Reichsarbeitersporttag.
Am Sonntag nachmittag ist das Heim Stockturm von 6 Uhr geöffnet und geheizt. Gäste willkommen.

**Turn- und Sportverein „Fichte", Ohra/Stadtgebiet.** Sonntag, den 30. Januar, vormittags ½ 10 Uhr Probe in der „Ostbahn"; mittags ½12—½2 Uhr Turnen in der Turnhalle Altschottland.

Dienstag, den 1. Februar, 7 Uhr abends, Mitgliederversammlung in der „Ostbahn".

# Aus aller Welt.

**Die Aufklärung des Indermordes in Berlin.**

Das Geheimnis um den Mord an dem Inder Singh in Charlottenburg hat sich als eine furchtbar nüchterne Tat entschleiert. [illegible]: Die getäuschte Hoffnung der eigenen Frau, eine indische Fürstin zu werden. Bei einem eingehenden Kreuzverhör in der Nacht zum Sonntag sah die Frau selbst ein, daß ihr Leugnen zwecklos sei und sie gestand, um die Tat zu wissen, diese aber selbst nicht ausgeführt zu haben. Als Täter bezichtigte sie einen 33 Jahre alten Kraftwagenführer Max Arnold und dessen Freund, den 28 Jahre alten Dreher Paul Körwin. Beide wurden daraufhin im Laufe des Sonntags in ihren Wohnungen verhaftet. Der Plan zur Ermordung des Inders ist von dessen Frau und dem Kraftwagenführer Arnold, zu dem diese in nähere Beziehungen getreten war, gemeinsam gefaßt worden. Wie die Ermittelungen über ihr Leben während der unglücklichen Ehe ergeben hatten, war der endgültige Bruch zwischen den jungen Eheleuten schon im Juli v. Js. erfolgt. Die Schuld lag wohl auf beiden Seiten. Die Frau sah sich in ihren hochgespannten Erwartungen getäuscht. Sie hatte sich eingebildet, daß ihr Mann aus einem indischen Königshause stamme und mit indischen Schätzen später einmal reich überschüttet werde. Sie fühlte sich als indische Fürstin, nannte sich auch Frau von Singh und träumte von einem märchenhaften Leben, das sie nach Eintreffen der Schätze aus Indien führen könne. Sie lebte auch jetzt bereits als „vornehme" Dame und borgte überall in den Geschäften der Nachbarschaft auf die Gelder hin, die ihr Mann bald erhalten sollte. Als diese aber ausblieben und ihre Erwartungen nicht eintrafen, kam es zwischen ihr und dem Inder zu immer stürmischeren Auseinandersetzungen. Drei Monate währte daraufhin die räumliche Trennung, während der die junge Frau ein lustiges und vergnügtes Leben führte. Mit Freundinnen bummelte sie in Berlin herum, machte Ausflüge und kam so auch nach dem Freibad Grünau. Dabei machte sie auch Herrenbekanntschaften, und in Grünau lernte sie den Kraftwagenführer Arnold kennen, mit dem sie dann ständig in Berührung blieb. Dieser, ein Witwer, brachte schließlich sein Pflegekind bei den Eltern der jungen Frau unter und konnte so auch jetzt deren Wohnung aufsuchen. Als er dann Stellung als Dampfpflugführer in Schlesien angenommen hatte, blieb er mit Frau Singh noch weiter in schriftlichem Verkehr. Oktober v. Js. gab er die Stellung wieder auf, kam nach Berlin zurück und war seitdem arbeitslos. In der Wohnung Arnolds schmiedete das Paar den Plan, wie der Inder beiseite geschafft werden könnte, und kam so auf den Gedanken, ihn umzubringen und einen Mord aus politischen Motiven vorzutäuschen. Das Verbrechen war zunächst für die Mittwochnacht geplant. In der nächsten Nacht führten dann die beiden Männer die Tat aus. Näheres über die Ausführung des Verbrechens ist noch nicht bekannt, da Frau Singh behauptet, nicht dabeigewesen zu sein und Arnold und Körwin von dem Verbrechen überhaupt nichts wissen wollen. Frau Singh will nicht einmal gewußt haben, daß die Ermordung ihres Mannes in der betreffenden Nacht erfolgen sollte. Arnold empfing die Beamten, die in seiner Wohnung erschienen und ihn unter dem dringenden Verdacht, den Inder Singh ermordet zu haben, für verhaftet erklärten, mit den Worten: „Na, denn man los, ich habe mein Alibi." Auf dem Polizeipräsidium gab er dann an, von dem Verbrechen überhaupt nichts zu wissen. Er habe nicht davon gehört und auch keine Zeitung gelesen. Die Vernehmungen zur restlosen Aufklärung dieses Kapitalverbrechens werden weiter fortgesetzt. Nach dem Ergebnis der bisherigen Feststellungen scheinen die Eltern der Frau Singh, das Tischlerehepaar Becker, weder von dem Mordplan unterrichtet gewesen zu sein, noch von den furchtbaren Vorgängen in der Nacht etwas gehört zu haben.

# Die Zukunft der deutschen Theater.

Von E. Friedebach, Mannheim.

(Die nachstehenden Anregungen scheinen uns im allgemeinen auch für Danzig sehr beachtenswert, ohne daß wir mit der Veröffentlichung eine Uebereinstimmung nach jeder Richtung zum Ausdruck bringen wollen. D. Red.)

Personen- und Sachaufwendungen erfordern heute und voraussichtlich noch auf längere Zeit hinaus an den meisten deutschen Bühnen erhebliche Zuschüsse, so daß viele Stadt- und auch die Staatsverwaltungen in großer Sorge wegen der Aufbringung der Zuschußmittel sind. Für manche Bühne belaufen sich die Zuwendungen bereits auf Millionen und immer noch bewegen sich die Ausgaben nach oben. Was soll und wird mit den deutschen Theatern geschehen, wenn die Gemeinden die Mittel nicht mehr aufbringen können oder wollen? Diese Frage steht heute überall im Vordergrund. Wichtig hierbei ist, daß alle zuständigen Behörden davon überzeugt sind, daß die Aufwendungen für die angestellten Personale bis auf weiteres nicht eingeschränkt werden können, im Gegenteil, man ist sich allenthalben darin einig, daß mit Rücksicht auf die stets nach aufwärts strebende Preisbewegung für den Lebensunterhalt sowohl als auch hauptsächlich die seitherige ungenügende Entlohnung der Personale, besonders der minderbemittelten, weitere Aufbesserungen erfolgen müssen. Einsparungen am Personal sind also vorerst nicht möglich, wenn man nicht zu dem unkünstlerischen und zweckwidrigen Mittel der Personalminderungen schreiten will. Daß sachliche Einsparungen unter allen Umständen gemacht werden können und müssen, steht ebenfalls außer allem Zweifel. Neue Ausstattungen usw. können sich die Theater nicht leisten, sie müssen unterbleiben. Meine Ausführungen können sich also nur damit befassen, wie die Zuwendungen zu vermindern oder vielleicht ganz zu ersparen sind. Und ich will, auch auf die Gefahr hin, daß ich erheblichen Widersprüchen, besonders aus Bühnenleiterkreisen, begegne, versuchen, Wege, die nach meinem Dafürhalten die einzig gangbaren sind, wenigstens in groben Umrissen zu zeigen.

Die Kulturtheater, wie sie jetzt geleitet werden, können sich nicht ohne erhebliche Zuschüsse halten. Die Ursachen sind bekannt. Ich vertrat auch schon früher in meinen Ausführungen, die ich der Oeffentlichkeit übergab, den Standpunkt, daß vor allem örtliche Betriebe zusammengelegt werden müssen. Ganz besonders müssen diejenigen Theater, die Ueberschüsse erbringen wie Operettenbühnen usw., von den Kulturtheatern, bezw. den Staats- und Stadtverwaltungen erfaßt werden. Auch über die Art und Weise, wie dies geschehen muß — verbureaukratisiert dürfen sie nicht werden — habe ich mich geäußert und kann heute mit Einzelheiten hierüber aufwarten.

Sollen die Theaterverhältnisse gesunden, so muß gründlich reorganisiert und reformiert werden und zwar bei den Theaterleitern und deren Methoden. Es muß einmal offen und frei gesagt werden, daß erst hier der Hebel angelegt werden muß.

Der Bühnenleiter soll in erster Linie Organisator und Kaufmann und dann erst Künstler sein. Die Kunst kommt dabei nicht zu kurz, wie ich später beweisen werde. Die Bühnenleiter waren seither, wenn es sich um Privatunternehmungen handelte, in erster Linie meistens Kaufmann und an staatlichen oder städtischen Bühnen Künstler; selten waren sie beides zusammen. Aber Organisatoren waren nur ganz einzelne.

Die sogenannten Theaterdefizite müssen heute durch Steuern der breiten Masse aufgebracht werden; die breite Masse der Steuerzahler jedoch hat nicht die Nutznießung für ihre Opfer. Durch Erfassung aller, oder möglichst vieler Theater einer Stadt läßt sich der Betrieb sehr verbilligen und derartig erweitern, daß auch die breite Masse Theaterkunst genießen kann. Dazu ist aber notwendig, daß eine Publikumsorganisation größten Stils in jeder Stadt geschaffen wird, die es ermöglicht, Einnahmen und Ausgaben der Theaterbetriebe mit einander in Einklang zu bringen. Ein Bühnenleiter mit Organisationstalent wird erreichen, daß seine ihm unterstellten Bühnen für die ganze Spielzeit fast bis auf den letzten Platz ausabonniert sind. (Ich denke dabei natürlich nicht an die heutigen Abonnements, die ich für ungerecht und falsch halte.) Die Publikumsorganisation muß in verschiedene Untergruppen geteilt sein, damit den religiösen und politischen Auffassungen bis zu einem gewissen Grad Rechnung getragen werden kann. Auf diese Weise wären Aufführungen jeder Richtung möglich, ohne daß eine Provokation eines Teils der Theaterbesucher erfolgen würde. Theaterskandale würden dadurch unterbleiben.

Die Publikumsorganisation in ihrer Gesamtheit, wie auch die verschiedenen Untergruppen wählen aus ihren Reihen arbeitsfähige künstlerische Beiräte, die mit den Pressevertretern dem Bühnenleiter beratend zur Seite stehen und die Wünsche ihrer Wähler zur Geltung bringen.

Neben der Berücksichtigung politischer und religiöser Anschauungen kann aber auch im allgemeinen erzieherisch bei der breiten Masse gewirkt werden, z. B. durch Einführungsvorträge, durch Aufführungen von Zyklussen usw. Es wäre sicher eine dankbare Aufgabe, der breiten Masse z. B. die Entstehung und den Werdegang der Spieloper von den ersten Anfängen bis zu den „Meistersingern von Nürnberg", oder des Lustspiels bis zu seiner höchsten Vollendung durch Lessing vorzuführen. Auch das Drama und die dramatische Oper wie überhaupt alle Kunstzweige müßten auf diese Weise gelehrt werden. Der ganze Aufbau des Spielplans muß System haben. Erst dann erfüllen unsere Bühnen ihre Kulturaufgaben voll.

Dazu gehören aber für jedes Unternehmen mehrere Institute. Nicht nur, weil es die verschiedensten Stimmarten und Kunstarten, sondern auch, weil es die Raumverhältnisse bedingen. Kitsch und Machwerk würden nach und nach gänzlich aus diesen, dermaßen geleiteten Theatern verschwinden; der Geschmack des Publikums würde gehoben und geläutert. Die finanzielle Gesundung der Institute wäre gewährleistet.

Der Zahlungsfähigkeit der verschiedenen Besucher muß bei der Festsetzung der Preise Rechnung getragen werden. Einigermaßen verlässige Anhaltspunkte hierfür wären die Steuerleistungen.

Für jeden Kunstzweig (Oper, Operette, Schauspiel, Lustspiel usw.) wäre ein erstklassiger Spielleiter oder Dirigent zu verpflichten, die aber, mit Rücksicht auf die Autorität und Verantwortlichkeit des Bühnenleiters, aber auch mit Rücksicht auf ein einheitliches Arbeitssystem, dem Bühnenleiter unterstellt und verantwortlich bleiben müßten. Andernfalls würden Dualismus oder gar Vielherrschaft mit ihren unheilvollen Folgen schädigend wirken. Den künstlerischen Aufgaben derartig zusammengelegter Betriebe wäre auf diese Weise besser Rechnung getragen, als wenn der Bühnenleiter in erster Linie Künstler sein soll, denn er kann es ja doch nicht bewältigen, allen Kunstzweigen oder auch nur einem seinen persönlichen „Kunst"-Stempel aufzudrücken, wenn er seinen organisatorischen und kaufmännischen Pflichten genügen soll. Für die letzteren müßte er ohnehin eine erste kaufmännische Kraft zur Unterstützung haben.

Ein großer Uebelstand ist es, daß heute fast jeder staatlich oder städtisch angestellte Bühnenleiter mit mindestens einem Auge nach besserer und höherer Stellung schielt. Die Folgen davon sind, daß er sich in irgendeiner Sache besonders hervorzutun versucht: er bringt unter seiner Spielleitung ein oder zwei Stücke mit großem Pomp heraus, die wesentlichsten Zeitungen werden eingeladen, um sein Werk zu bewundern. Es soll eine Beförderungsreklame sein. Die Kosten hierfür trägt aber die betreffende Stadt oder der in Frage stehende Staat, denn solche Aufführungen werden fast ausnahmslos mit teuren Ausstattungen und großen Aufwendungen gegeben. Unsummen werden geopfert. Die anderen Stücke müssen naturgemäß zurückstehen und werden schwer vernachlässigt. Das stört die künstlerische Einheit der Spielzeit ebensosehr, wie Gastspiele großer „Kanonen" die künstlerische Einheit der einzelnen Stücke, in denen solche Gäste auftreten, stören. Der Bühnenleiter, der so arbeitet und auf Beförderung in eine bessere Stellung hinzielt, hat nicht in erster Linie das Interesse des ihm unterstellten Instituts, sondern sein persönliches im Auge und ist für die ihm gestellte Aufgabe ungeeignet; er rechtfertigt aber auch nicht das ihm von seiner Behörde entgegengebrachte Vertrauen.

Ein angestellter Bühnenleiter soll sein höchstes Ziel und seine schönsten Aufgaben darin erblicken, das oder die ihm anvertrauten Institute zur höchsten künstlerischen Stufe zu führen. Er soll unablässig bestrebt sein, der Stadt oder dem Staat, die ihn berufen haben, für sein ganzes Leben zu dienen nach bestem Können. Die Interessen seiner Stadt oder seines Staates müssen ihm über die seinigen gehen. Er muß ein seßhafter und allgemein geachteter Bürger werden wollen. Nur der kann den Eigenheiten und berechtigten örtlichen Interessen und Wünschen dauernde Berücksichtigung angedeihen lassen, der sie kennt. Und um sie kennen zu lernen, müssen sie in emsiger Arbeit jahrelang studiert werden. Keine Bühnenleiterstelle darf als Durchgangsstelle betrachtet werden, denn Durchgangsbühnenleiter werden niemals die ihnen anvertrauten Institute zur vollendeten künstlerischen Höhe emporführen, selbst wenn sie die beste Absicht haben.

# Danziger Nachrichten.

## Verbot einer Demonstration der Kriegsbeschädigten.

Vom Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten war für Sonntag vormittag eine Demonstration der Kriegsbeschädigten vorgesehen. Die Demonstration sollte mit vorhergehendem Umzug vom Dominikanerplatz nach dem Rathause stattfinden. Hier sollten die Forderungen der Kriegsbeschädigten, die sich besonders auf Auszahlung der deutschen Rentenerhöhungen auch für Danzig erstrecken, durch eine Abordnung dem Senat unterbreitet werden. Wie heute vormittag in einer Pressebesprechung von Senator Schümmer mitgeteilt wurde, finden zurzeit Verhandlungen mit der deutschen Regierung statt, um auch für die in Danzig ansässigen Kriegsbeschädigten die Zahlung der erhöhten Unterstützungen zu erlangen. Die Erhöhungen machen jährlich etwa 80 Millionen aus und fühlt sich der Freistaat außerstande, diese zu übernehmen. Der Senat hat es daher abgelehnt, eine Abordnung der Demonstranten zu empfangen, da ein Resultat der Verhandlungen mit der deutschen Regierung nicht vorliegt. Da die Veranstalter außerdem die Garantie der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit auch für die Mitläufer bei der Demonstration nicht übernehmen wollen, so ist die Demonstration auf Anweisung des Senats vom Polizeipräsidenten verboten worden.

### Strandung eines Motorseglers bei Brösen.

Der Schneesturm, der nach dem Tauwetter gestern nachmittag einsetzte und gegen Abend zum Orkan auswuchs, hat auch auf der See wieder sein Opfer gefordert. So wurden gestern abend nach 7 Uhr Notsignale eines Schiffes aufgenommen, und zwar stammten diese von dem russischen Motorsegler „Oltak", der mit Brettern von Königsberg nach Kopenhagen unterwegs war und der durch den orkanartigen Sturm bei Brösen auf den Strand getrieben wurde. Die Rettungsstation des Lotsenamtes in Neufahrwasser rückte mit Unterstützung der Sicherheitspolizei sofort aus, und es gelang, mittels des Raketenapparates die aus sieben Mann bestehende Besatzung sowie auch einen Hund zu retten.

Im Hafenkanal wurden durch den Sturm mehrere Schiffe losgerissen, darunter auch der amerikanische 18 000-Tonnen-Dampfer „President Grant". Der große Dampfer, der dieser Tage eingelaufen war, um polnische Rückwanderer, besonders Militärpflichtige abzuholen, legte sich quer über den Hafen. Es machte heute vormittag viel Arbeit, um ihn wieder an seinen Anlegeplatz zu bringen.

### Die Vertretung der Verbraucherinteressen.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die Deutsche Partei für Fortschritt und Wirtschaft hat ihre Richtlinien veröffentlicht, und da sie sich besonders als eine Partei für Wirtschaft bezeichnet, hätte man auch erwarten können, daß sie sich auch der Interessen der Verbraucher annehmen würde. Das ist aber nicht geschehen, nicht einmal das Wort Verbraucher kommt in den Richtlinien vor. Das Wucher- und Schieberwesen soll zwar scharf bekämpft werden, aber das allein genügt nicht. Es muß dafür gesorgt werden, daß wir ausreichend mit den notwendigen Nahrungsmitteln versorgt werden. Es genügt auch nicht, daß solche Worte nur gebraucht werden, man muß vielmehr tief und ernst in das Wesen der Sache eindringen, und dann wird man finden, daß da noch viele Hindernisse beseitigt werden müssen. Es ist nicht möglich, daß wir mit Wein, Arrak, Zigaretten usw. überschwemmt werden und dann noch ausreichend aus dem Auslande Lebensmittel kaufen können. Man wird dann also um die schwierige Beantwortung der Frage nicht umhin kommen, ob für uns Mehl wichtiger ist als Wein und Zigaretten. Man wird dann auch vor die Frage gestellt werden, ob es nicht notwendig ist, daß die Verbraucher in der Außenhandelsstelle vertreten sein müssen, wo über die Frage entschieden wird, was eingeführt und ausgeführt werden soll. Weiter wird man dann finden, daß die endlose Steigerung der Preise eine Unmöglichkeit ist, und man wird entdecken, daß sie ihren letzten Grund in der hemmungslosen Notendruckerei hat. Und wenn man auf diesem Gebiet mit der vorurteilslosen Forschung beginnt, so wird man an eine Fundgrube wirtschaftlicher Gedanken stoßen. Man wird weiter entdecken, daß wir zu einer ausreichenden Ernährung und zu einem Wiederaufbau nicht gelangen können, wenn wir nicht endlich daran gehen und unseren 10 000 Arbeitslosen Arbeit beschaffen. Daß die Zwangswirtschaft möglichst schnell abzubauen sei, ist ein Schlagwort, mit dem man keinen Verbraucher glücklich oder satt macht. Will man denn etwa die Höchstpreise aufheben? Will man gestatten, daß unsere selbst erzeugten Nahrungsmittel ins Ausland verschoben werden, um dann von dort aus als die berüchtigte Auslandsware mit 100 bis 300 Prozent Aufschlag zurückgekauft zu werden? Will man die Wucherfreiheit und eine Begünstigung des Wucher- und Schieberwesens einführen? Will man Kettenhandel und übermäßige Preissteigerung und die übelste Spekulation mit Nahrungsmitteln freigeben? Will man die wüstesten Schlemmereien gestatten und begünstigen, während die ärmeren Schichten an den notwendigsten Nahrungsmitteln Hunger leiden? Vielleicht will man dies nicht, dann soll man aber auch auf das agitatorische Schlagwort Zwangswirtschaft verzichten.

Alle diese Erwägungen und besonders die Tatsache, daß auch die neue Partei ihre größte Aufgabe in der Erhaltung der Profitwirtschaft sieht, lassen erkennen, daß auch von dieser Partei keine Wahrung, sondern vielmehr die Preisgabe der Verbraucherinteressen zu erwarten ist. Nur durch festen Zusammenschluß und Anlehnung an die Parteien, die den Verbraucherkreisen nahe stehen, werden die Verbraucher ihren Einfluß auf die Gestaltung der Dinge ausüben können.

---

Zur Erhöhung der Gehälter der Kirchenbeamten wird uns von einem Mitgliede der kirchlichen Gemeindevertretung geschrieben: „Dem Volkstage ist ein Dringlichkeitsantrag überreicht worden, nach dem die Gehälter der Geistlichen und Hilfsgeistlichen erhöht werden sollen. Dieser Antrag mag gut gemeint sein, im Interesse der Kirche muß aber gegen ihn Einspruch erhoben werden und zwar aus folgenden Gründen: Die evangelische Kirche soll zu einer Volkskirche ausgestaltet werden, das verträgt sich ebensowenig mit einer Pastorenkirche, wie mit einer Staatskirche. Vom Staate soll die Kirche ganz unabhängig sein. Dieser soll nur den Schutz, den die Kirche als Kultureinrichtung erwarten darf übernehmen und ferner soll der Kirche das Recht der Besteuerung der Kirchenmitglieder erhalten werden. Die Kirche soll in geldlicher Beziehung vom Staate unabhängig sein. So lange sie das Besteuerungsrecht hat, ist sie auch in der Lage ihre Ausgaben selbst zu decken. Mit einem Steuerzuschlag von 25 Prozent wird sie allerdings nicht auskommen. Daß die Gehälter der Geistlichen der Geldentwertung nicht mehr entsprechen, dürfte zutreffend sein, aber das gleiche gilt für die Gehälter aller Kirchenbeamten. Ein entsprechender Antrag dürfte wohl in den kirchlichen Gemeindevertretungen gestellt werden, die demnächst in Tätigkeit treten. Der Antrag an den Volkstag hat aber auch noch einen weiteren Fehler. Er tritt nur für die evangelischen und katholischen Geistlichen ein, während die Kirchenbeamten aller übrigen Bekenntnisse das gleiche Anrecht an die Staatskasse haben. Es ist ungerecht, die Mitglieder aller übrigen Bekenntnisse zu nötigen, die fremden Kirchenbeamten mit zu bezahlen. Nebenbei reizt dieser Antrag noch zu unfreundlichen Erörterungen im Volkstage, die auch der Kirche nicht dienlich sein können und die man vermeiden soll. Deshalb würde man am besten tun, jenen Antrag wenigstens vorläufig zurückzuziehen." —

Ohne daß die Gründe, die gegen die staatliche Regelung der Gehälter der Kirchenbeamten sprechen, mit obigem erschöpft sind, stehen auch wir auf dem Standpunkt, daß es Sache der Kirche ist, wie jede andere öffentliche Einrichtung ihre inneren Verwaltungsangelegenheiten selbst zu ordnen.

## Starke Verkehrsstörungen auf der Linie Danzig-Zoppot.

Durch die heftigen Schneestürme sind gestern abend im Bahnverkehr auf der Strecke Danzig—Zoppot erhebliche Störungen eingetreten. Der Vorortzug, der fahrplanmäßig abends um 6,30 Uhr von Danzig abfahren sollte, konnte erst mit reichlich einstündiger Verspätung den Bahnhof verlassen und traf, da er infolge der Schneeverwehungen auf dem Schienenstrang auch unterwegs auf offener Strecke halten mußte, erst einige Minuten nach 8 Uhr in Zoppot ein. Nachdem dann dieser Zug nach Danzig zurückgekehrt war, konnten zunächst überhaupt keine Vorortzüge mehr von Danzig abgelassen werden. Endlich traf noch einer gegen 12 Uhr in Zoppot ein und hatte bei seiner Rückfahrt so lange Fahrtunterbrechungen zwischen Langfuhr und Danzig, daß er erst 4 Minuten nach 2 Uhr in Danzig eintraf. Dann mußte der Vorortverkehr in der verflossenen Nacht ganz eingestellt werden. Auch der Fernzug von Neustadt, der um 8,40 Uhr von Zoppot weiterfahren sollte, passierte Zoppot erst um Mitternacht.

Auf den anderen Vorortstrecken herrschten die gleichen Schwierigkeiten.

Auch die heutigen Morgenzüge trafen mit erheblicher Verspätung in Danzig ein.

---

**Abgabe von Lebensmitteln.** In der heutigen Nummer unserer Zeitung wird wiederum bekanntgegeben, welche Lebensmittel im Laufe der nächsten Woche zur Ausgabe gelangen.

**Ausgabe der Brot- und Mehlkarten.** Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 20 ausgegeben.

**Eine Stadtverordnetenversammlung** findet am Dienstag, den 1. Februar, nachmittags 4 Uhr statt. Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung enthält u. a.: Beurlaubung von zwei Magistratsmitgliedern. — Wahlen von Armen- und Waisenpflegern, eines Bausachverständigen zum Wohnungsausschuß. — Bewilligung von Mitteln: zur Vergitterung und Sicherung von Fenstern der Stadtbücherei, für Organisation der Kinderbespeisung durch die Quäker, zur Neubeschaffung entwendeter Dammhaltenkräne, für Hinterfüllungs- und Abdichtungsarbeiten an der Schleuse und dem städtischen früheren Mühlengrundstück in Praust. — Erhöhung der Standgelder in der Markthalle. — Anfrage von Stadtverordneten betr. Schreib- und Lesenunterricht polnischer Kinder. — In der geheimen Sitzung: Schaffung neuer Beamtenstellen und Anstellung von Beamten. — Bewilligung von laufenden Aufwandsentschädigungen für Nachtarbeit an zwei städtische Beamte. — Verpachtung eines Hotel- und Gastwirtschaftsbetriebes. — Anstellung eines Beamten beim Siedlungsamt.

**Strafbare und gefährliche Gasentnahme.** Vom Verwaltungsausschuß der städtischen Gaswerke wird uns geschrieben: Die Fälle, in denen unter Umgehung des Gasmessers auf betrügerische Weise Gas ungemessen entnommen wird, mehren sich in letzter Zeit ungemein und zwingen die Verwaltung des städtischen Gaswerks, alle zu ihrer Kenntnis gelangenden Fälle rücksichtslos zur Anzeige zu bringen. Durch die in der Regel unfachgemäß hergestellten Verbindungen entsteht nicht nur die größte Gefahr für Leben und Gesundheit der Abnehmer wie der übrigen Hausbewohner infolge Vergiftung, sondern es wird auch die Gefahr von Explosionen heraufbeschworen, für deren Folgen selbstverständlich derjenige haftet, der die strafbare Verbindung hergestellt hat. Es muß auch aus diesen Gründen vor jeder unberechtigten Arbeit an den Gasmessern und deren Verbindungen dringend gewarnt werden.

**An Erwerbslosenunterstützung** sind in der Woche vom 17. bis 22. Januar ds. Js. in der Stadt Danzig 66 709,57 Mark gezahlt worden an 998 männliche und 62 weibliche, insgesamt 1060 Personen, gegen 71 490,63 Mark an 1028 männliche und 72 weibliche Personen in der Vorwoche.

**Freireligiöse Gemeinde,** Poggenpfuhl 16. Sonntag, 30. Jan., 10 Uhr vormittags, Erbauungsversammlung. Thema: Die Pflicht.

**Neues Operetten-Theater.** Morgen, Sonnabend, geht zum ersten Male „Das Glücksmädel", Operette in drei Akten von Otto Schwartz, in Szene. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Hanna Fischer, Carla Ott, Guste Richter, Gustav Walter Braeuer, Walter Bremer, Hermann Reno.

**Deutscher Heimatbund.** Gestern tagte der Ausschuß für Volks- und Heimatkunde unter der Leitung von Professor Loehner. Als Hauptaufgabe betrachtet der Ausschuß zunächst die Sammlung von Flurnamen im Gebiet der Freien Stadt und ihre wissenschaftliche Bearbeitung. Die Richtlinien für ihre Bearbeitung gab in ausführlichem Vortrag Senator Dr. Strunk. Die Leitung der Sammlung übernahm Rektor Gehrke, der seit 1911 bereits auf diesem Gebiet arbeitet. Von anderen Arbeitsgebieten sind zu erwähnen die Arbeitsgruppe unter Studienrat Rink, die sich der Erforschung der Koschneiderei widmet, und die ländliche Wohlfahrtspflege, deren Leitung Mittelschullehrer Schütz in der Hand hat.

**Oeffentliche Versammlung der Reinmachefrauen.** Am letzten Sonntag fand in der Petrischule eine gut besuchte Versammlung der Reinmachefrauen statt, welche vom Zentralverband der Hausangestellten einberufen war. Frau Lau hielt einen Vortrag über die Lage der Reinmachefrauen, in dem sie ausführte: Man muß die Frage aufwerfen, wonach die Reinmachefrauen bei den Behörden entlohnt werden. Es ergibt sich die Tatsache, daß jede behördliche Stelle anders zahlt. Die Forderung der Frauen muß sein, entweder nach dem Reichstarif für Staats- und Gemeindearbeiter oder nach dem Magistratstarif entlohnt zu werden. Beides geschieht aber nicht. Im Reichstarif, lautet ein Passus: „Frauen, insbesondere Reinmachefrauen, die nur stundenweise beschäftigt werden, erhalten einen Stundenlohn von 2,85 Mk." Diesen Tarif hat der Senat für den Freistaat so ziemlich anerkannt, nur die Reinmachefrauen [illegible] Mag wohl der hohe von 2,85 Mk. hoch erscheinen, so wären aber doch noch diese Frauen von Wirtschaftsbeihilfen und Kinderbeihilfen auszuschließen. Das ist eben das Unrecht des Senats. Eine Frau, die das Glück hat, Vollbeschäftigung zu finden, wird heute mit allen Zulagen bedacht. Hat aber der städtische Stellennachweis keine Achtstundenarbeit nachzuweisen, so werden die Frauen veranlaßt, die stundenweise Beschäftigung zu übernehmen. Dafür straft man sie dann hinterher mit der ungerechten Entlohnung. Beihilfen, die für Achtstundenarbeit geleistet werden, müßten durch 8 geteilt, mal soviel Stunden genommen werden, als die Arbeiterin tätig ist. Früher waren die Reinmachefrauen zum größten Teil verheiratet, und die Männer verdienten ebenfalls. Heute dürfen verheiratete Frauen, deren Männer Erwerb haben, überhaupt nicht tätig sein, und deshalb sind die jetzt in Arbeit stehenden Frauen entweder alleinstehend oder Witwen, gegen die die falsche Entlohnung ein doppeltes Unrecht bedeutet, da sie der Teuerung mit ihrer geringen Entlohnung nicht Herr werden können. Der Zentralverband der Hausangestellten wurde von der Versammlung beauftragt, diesbezüglich mit dem Senat zu verhandeln.

**Nachrichten aus dem Hafen.** Eingang 25. Jan. Dänischer Dampfer „Niels Ebbesen" von Kopenhagen mit Gütern und Passagieren, Memeler Dampfer „Baltic" leer von Memel nach Kiel bestimmt (Rothäfner), deutscher Dampfer „Hanni" mit Gütern von Amsterdam über Rotterdam, deutscher Dampfer „Furth" von Helsingfors mit Gütern, deutscher Dampfer „Castor" von Kalmar mit Roggen, Danziger Dampfer „Klara" von Stettin mit Gütern, Danziger Dampfer „Mottlau" mit Kohlen von Blyth, schwedischer Dampfer „Odin" mit Passagieren und Gütern von Stockholm, [illegible] Libau. 27. Jan. Polnischer Dampfer „Krakow" mit Gütern von Antwerpen, lettischer Dampfer „Bornholm" mit Passagieren und Gütern von Libau und Memel, deutscher Dampfer „Ostland" mit Heringen von Bergen. — Ausgang 26. Jan. Deutscher Dampfer „Badenia" mit Papierholz nach Fleckeford (Rothäfner), Hochseeschlepper „Bremerhaven" mit Leichter „Aurora" und „Anastasia" mit Holz nach Kopenhagen (Rothäfner), deutscher Dampfer „Nymphe" mit Passagieren nach Pillau und Libau, deutscher Dampfer „Helgoland" leer nach Stettin (Rothäfner), Danziger Dampfer „D. Siedler" mit Gütern nach Reval, deutscher Dampfer „Adele" nach Swinemünde leer, deutscher Dampfer „Royal" nach Stockholm leer, schwedischer Dampfer „Edith" mit Ballast nach Kopenhagen, amerikanischer Dampfer „Warszawa" mit Ballast nach Brake über Newcastle, deutscher Dampfer „Siegfried" nach Stolpmünde leer, norwegischer Dampfer „Delphinius" mit Holz nach Memel, Memeler Dampfer „Baltik" leer nach Kiel. 27. Jan. Dtsch. Dampfer „Thor" mit Passagieren nach Pillau, holländischer Dampfer „Warszawa" mit Passagieren nach Rotterdam. Von den ausgehenden Schiffen hatte eine große Zahl Danzig vorher als Nothafen aufgesucht.

**Polizeibericht vom 28. Januar 1921.** Verhaftet: 13 Personen, darunter 6 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 2 wegen Paßfälschung, 3 zur Festnahme aufgegeben, 1 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 rechter weißer gestrickter Wollhandschuh, 1 silberne Damenuhr, 4 Darlehnskassenscheine, 1 schwarze Aktentasche, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums.

## S. P. D. Parteinachrichten.

**Sozialdemokratischer Verein Danzig.** Montag, den 31. Januar, abends 6 Uhr im Parteibureau Diskutierabend. Frauengruppe eine Stunde früher. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

**Oliva.** Vertrauensmännersitzung des Sozialdemokratischen Vereins am Sonntag, den 30. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Briesche.

**Verein Arbeiterjugend Danzig.** Heute abend findet im Jugendheim, Am Spendhaus 6, ein Funktionärabend statt. Referent ist Genosse Massow. Mitglieder, die an den Vorträgen Interesse haben, sind freundlichst eingeladen.

### Standesamt vom 28. Januar 1921.

Todesfälle: Kaufmann Heinrich Stefan Bronz, 38 J. 4 M. — Sohn des Kaufmanns Gustav Jaruschewski, 18 Tg. — Lehrer a. D. Johannes Kramer, 50 J. 8 M. — Invalide August Schulz, 64 J. 9 M. — Bernsteindrechsler Erich Krawatzki, 21 J. 1 M. — Frau Marie Hoffmann geb. Woiczichowski, 27 J. 5 M. — Unehel. 1 Sohn.

## Heutiger Devisenstand in Danzig.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Polnische Mark: (Auszahl. 8) | $8^{3}/_{4}$ | (am Vortage | $8^{7}/_{8}$ ) |
| Englische Pfund: . . . . . | 216—220 | ( „ „ | 210 ) |
| Dollar: . . . . . | $54^{1}/_{2}$—$55^{1}/_{2}$ | ( „ „ | 55 ) |
| Frank: . . . . . | 3,98 | ( „ „ | 4,15—20 ) |

In den Frühstunden wurden Polennoten in Danzig mit $9^{1}/_{2}$ bewertet und in Berlin mit 9 notiert.

BORG CIGARETTEN
für Qualitäts-Raucher

### Wasserstandsnachrichten am 28. Januar 1921.

| | gestern | heute | | gestern | heute |
|---|---|---|---|---|---|
| Zawichost | +1,21 | +1,27 | Kurzebrack | +2,02 | +1,86 |
| Warschau | +1,45 | +1,30 | Montauerspitze | +1,56 | +1,30 |
| Schönau O. P. | +6,74 | +6,60 | Piekel | +1,67 | +1,47 |
| Galgenberg O. P. | +4,60 | +4,60 | Dirschau | +1,98 | +1,82 |
| Neuhorsterbusch | +2,04 | +,— | Einlage | +2,70 | +2,32 |
| Thorn | +1,35 | +1,14 | Schiewenhorst | +2,88 | +2,46 |
| Fordon | +1,28 | +1,12 | Wolfsdorf | —0,26 | —0,— |
| Culm | +1,33 | +1,12 | Aufwacht | +1,48 | +2,22 |
| Graudenz | +1,57 | +1,34 | | | |

**Eisbericht.** Weichsel: Von km 0 bis km 56 Eistreiben in $^{1}/_{2}$ Strombreite, von km 56 bis km 197 in $^{3}/_{4}$ Strombreite und von km 197 bis zur Mündung km 121 in $^{1}/_{8}$ Strombreite. Eis treibt in nordwestlicher Richtung langsam in See ab.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolze, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Ewert in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Drucksachen
für den behördlichen, Geschäfts- und privaten Bedarf
fertigt prompt und preiswert
Buchdruckerei Volkswacht
Am Spendhaus 6.

Hausierer und Kleinhändler
finden stets preiswerte
Textilwaren
Schürzen, Wäsche
Trikotagen
Strumpfwaren
usw. usw. usw. bei
Czarlinsky, Lange & Co.,
Jopengasse 68, 1. Tr.
Engros (3195) Export

# Amtliche Bekanntmachungen.

## Ausgabe von Lebensmitteln.

Im Laufe der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe:

1. **Auf die Lebensmittelkarte:**

a) **250 Gramm Graupen** zum Preise von **M. 1.70** für das Pfund auf die Marken 2 und 2 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie Marken 88 und 88 K der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.

b) **250 Gramm Kakao** zum Preise von **M. 8.50** für das Pfund auf die Marke C der Danziger Lebensmittelkarte für Kinder, erhältlich in sämtlichen Verkaufsstellen für Krankenernährung.

2. **Auf die Nahrungshauptkarten für Erwachsene:**

**1 Liter Petroleum** auf die Marke 21 der Nahrungshauptkarten E und F.

Die für zwei Personen geltenden Nahrungshauptkarten (E II) sind mit der doppelten Menge, also mit 2 Liter Petroleum, zu beliefern.

Die Restbestände an Marmelade sind zum Preise von M. 3.40 für das Pfund, die Restbestände an Bienenhonig zum Preise von M. 12.50 für das Pfund, markenfrei zu verkaufen.

Die Einreichung der vereinnahmten Marken erfolgt in der üblichen Weise.

Danzig, den 27. Januar 1921. (3489

**Der Magistrat.**

## Ausgabe der Brot- und Mehlkarten.

Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke **Nr. 20** bei den Bäckern, Brot- und Mehlhändlern ausgegeben.

Danzig, den 27. Januar 1921. (349

**Der Magistrat.**


# Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

**Freitag, den 28. Januar 1921, abends 7 Uhr**

Dauerkarten B 2.

## Don Juan

Oper in 3 Akten (7 Bildern) von Wolfgang Amadeus Mozart

In Szene gesetzt von Oberspielleiter Julius Brichke

Musikalische Leitung: Otto Selberg.

Inszenierung: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr

Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 2. **Dies Irae.** Tragödie.

Sonntag, nachm. 3 Uhr. Kleine Preise. **Prinz Eisglauer und Prinzessin Honigsüß.**

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. **Die Ratten.** Berliner Tragikomödie

Montag, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 2. **Menagerie.**

# Neues Operetten-Theater

**(früher Wilhelm-Theater.)**

Tel. 4092. Tel. 4092.

Besitzer u. Direktor Paul Bansmann.

Künstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.

**Heute Freitag, den 28. Januar**

Anfang **7 Uhr** Anfang

## 3 Zwillinge

Schwank in 3 Akten v. Toni Impekoven und Karl Mathern.

**Morgen Sonnabend, d. 29. Januar**

Zum 1. Male.

**Das Glücksmädel.**

Vorverkauf findet tägl. v. 10—4 Uhr nur im Deuma-Haus Langgasse 69/70 statt. Sonntags 9—2 Uhr a. d. Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung: Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

Kassenöffnung 6 Uhr. Rauchen verboten.

In den Parterre-Räumen:

**Klein-Kunst-Bühne „Libelle"**

**Deutscher Musiker-Verband, Ortsgr. Danzig.**

**Feier des 48jährigen Stiftungsfestes**

**im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.**

**Mittwoch, den 2. Februar, abends 7 Uhr pünktlich**

**Festkonzert**

Richard und Siegfried Wagner-Abend.

Dirigent Siegfried Wagner-Bayreuth. Solist Kammersänger Walter Soomer-Leipzig. Festorchester 175 Musiker.

Anschließend: **Festball**

mit besonderen künstlerischen Ueberraschungen u. a. Tänze, ausgeführt vom Balletthorpe des Stadttheaters.

In den vorderen Räumen erstklassiges „Kabarett". Conferencier Heinz Brede, unter Mitwirkung 30 erster Künstler vom Danziger und Zoppoter Stadttheater, Neues Operettentheater, Künstlerspiele Danziger Hof, K. K. Brett'l und Skala Theater.

Eintrittskarten im Vorverkauf bei Hermann Lau, Langgasse 7, und an der Abendkasse zum Preise von Mk. 5, 6, 12, 15 u. 20 einschl. Steuer.

Der Reinertrag fließt der Krankenkasse für Musiker im Freistaat Danzig zu. (3456

**Der Festausschuß.**

Für die beiden Danziger Lieblinge findet am Sonnabend, den 29 Januar, ein

*Fredi Schlick*
*Humorist*

# Doppel-Ehrenabend

im **K. K. Brett'l** statt.

*Horst Walden*
*Vortragskünstler und Conferencier*

Mitwirkung erster Künstler
2 Kapellen
Betrieb in allen Räumen,
Konfettischlacht, Tombola,
BALL

(3376

Täglich 7 Uhr.

# SCALA

Fr. Sporthalle THEATER Große Allee

**Das große Varieté-Programm!**

**Alberti's**

## Löwen-Gruppe

und das neue

**Pracht-Programm**

Vorverkauf: Deumahaus

**Nachtfalter** Künstlerspiele u. Palais de danse

**Scala-Café** Täglich 4 Uhr **Konzert** (3364

# Metropol-Lichtspiele

*Dominikswall 12.*

*Harry Piels*

*neuestes Werk:*

*Das Gefängnis auf dem Meeresgrunde!*

*Großes Abenteuer in 6 Akten.*

*Geradezu fabelhafte Sensationen bringen ungeheuere Spannung!* (3493

***Sie wagen erst wieder zu atmen, wenn Sie das Theater verlassen!***

*Große Lustspiel-Einlage!*

*Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr*

**Lichtbild-Theater Langenmarkt Nr. 2.**

Intime Lichtspiele

**Der neue grandiose Spielplan!** (3487

# Toteninsel

Eine Tragödie in 4 Akten.

Hauptrolle: **Lil Dagover.**

**Don Cäsar, Graf von Irun**

Romantisches Drama in 5 Akten.

Hauptrolle: **Max Neufeld**

**Fortschule.**

## Vorträge

um 1., 3., 8. u. 10. Februar

**Das alte Testament und die christliche Gemeinde**
Konsistorialrat Gruhl
(5—6 Uhr nachm.)

**Arbeiter und Christentum**
Pastor Wetzel
(6—7 Uhr nachm.)

Jede Vortragsreihe: 3 Mark. Eintrittskarten u. Vorträge für Nichtmitglieder: Sauniers Buchhandlung, Inhaber Langgasse 9 und Abendkasse. (3464

# Volksfürsorge,

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

**Kein Policenverfall.**
— **Sterbekasse.** —
**Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.**
**Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der**

**Rechnungsstelle 16 Danzig**
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

# Nigrin

**Glänzt in einer Sekunde, da wieder reine Terpentinölware wie vor dem Kriege.**

**U.T**

Vom 28. bis 31. Januar — **Nur 4 Tage**

Der V. May-Film:

**Die Frauen vom Gnadenstein**

Schauspiel in 5 Akten

Männl. Hauptrolle: Erich Kaiser-Titz. Ferner

**Die Lieblingsfrau des Maharadscha**

I. Teil

In der Hauptrolle der populärste und beliebteste aller Filmdarsteller **Gunnar Tolnaes**

Vorführung um 4, 6 und 8 Uhr. (3494

Sind **Lungenleiden** Tuberkulose Katarrhe usw. **heilbar?**

Verl. Sie kostenl. San.-Rat Dr. Weise's ausführl. Druckschrift hierüber Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35, Potsdamer Straße 104 c. (3435

**Arbeiter-Bildungs-Ausschuß**

# Vortragsabende

**(Sonnabends) Beginn 29. Januar.**

1. Dr. Kamnitzer: Gerichtswesen in der Freien Stadt Danzig
   am 29 Januar u. 5. Februar. Karte 2 M. Aula der Hilfsschule, Heil. Geistgasse 111.
2. Dr. Zint: Grundzüge der Volkswirtschaft,
   am 19., 26. Februar, 5., 12, 18. (Mittwoch) und 19. März. Karten 5 M.
3. Dr. Bing: Literarische Vorträge: Heinrich Heine — Georg Büchner
   am Freitag, den 1. und Freitag, den 8. April.
   **Anfang 7½ Uhr abends.**

**Die Karten** zu den Vorträgen sind zu haben: In den Verkaufsstellen der Volksstimme, Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32, in der Zigarrenhdlg. Gottke Nachfl., Lange Brücke 18, im Parteibüro, 4. Damm 7 II und bei den Vertrauensleuten. (3468

# Gedania-Theater

**Schüsseldamm 53/55**

**Ab heute! Der hervorragende Spielplan!**

**Der Geheimbund der Falken**

Ein sensationelles Abenteuer des berühmten Meister-Detektivs **Harry Hill**

In den Hauptrollen: **Valy Arnheim, Marga Lindt**

**Atemraubende Sensationen! Aufregende Verfolgungszenen! Spannend von Akt zu Akt!**

**Der violette Tod.** (3495

Drama in 5 Akten mit **Wanda Treumann.**

# Freigeld-Freiland-Schriften

| | |
|---|---|
| Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld | 9.60 |
| Internationale Valuta-Assoziation | 4.— |
| Das proletarische Finanz- u. Wirtschaftsprogramm | 1.20 |
| Mein Weg zur Arbeiterpartei | 0.75 |
| Goethe und der Umsturz | 0.75 |
| Freiland-Fibel | 1.10 |
| Freigeld-Fibel | 1.10 |

empfiehlt

**Buchhandlung Volkswacht**

**Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.**

**Soeben erschienen**

**ist der**

# Vorwärts-Almanach

**1921**

**Preis 4 Mark.**

**Buchhandlung Volkswacht,**

**Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.**

# Rat und Auskunft

**in wirtschaftlichen Fragen erteilt allen Frauen und Mädchen jeden Mittwoch von 5—7 Uhr abends**

**Die Frauenkommission der S. P. D.**

**4. Damm 7 II, Zimmer 4.**

# Laufburschen

stellt ein

**Expedition der Danziger Volksstimme**

**Am Spendhaus 6.**

# Zeitungsträgerinnen,

aber nur solche, welche selber austragen, stellt ein

**Expedition der Danziger Volksstimme**

**Am Spendhaus 6.**

# Danziger Glossen

**Heft 3**

von Ernst Ewert

Preis 1.50 Mark.

**Buchhandlung Volkswacht**

**Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.**

**!! Masken !!**

verleiht billigst (3488
Pfefferstadt 48 (Laden).

**Geld verleiht**

**J. P. Andreskowski,**
Danzig, Poggenpfuhl 47.
(3470)

Trockenes

**Stubbenholz Ia**

**Eichen und Kiefer**
in Scheunen lagernd,
empfiehlt a Zentner
Mk. 14.00 ab Lager

**Mich. Prillwitz,**
**Am Trumpfturm 7**
**(Nähe Wallplatz).**